

## Die soziale Revolution in Russland und der Widerspruch zwischen Stadt und Land (Thesen)

*„Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl.“*

*Kommunistisches Manifest*

Auch heute noch stehen sich in der radikalen Linken 2 Positionen unversöhnlich gegenüber:

- die einen verteidigen die „Oktoberrevolution“ als sozialistisch
- die anderen lehnen das ab.

Im Zuge meiner Vorbereitung auf den Trend-Kongress in Berlin habe ich mich erneut mit dieser Frage beschäftigt und bin auf ein paar Punkte gestoßen, die mir so klar noch nicht waren. Sie hängen zusammen mit dem beabsichtigten/behaupteten Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern im Kampf um den Sozialismus und dem Widerspruch zwischen Stadt und Land. Das Bündnis zwischen Industriearbeitern und Bauern entstand im gemeinsamen Kampf gegen den Zarismus und für eine sofortige Beendigung des Krieges. Darüber hinausgehende gemeinsame Ziele gab es praktisch nicht.

Im Verlaufe der Revolution in den Städten eroberten die Bolschewiki die Mehrheit in den wichtigsten Sowjets. Gestützt auf diese Mehrheit ergriffen sie im Handstreich die politische Macht („Oktoberrevolution“). Die Verteidigung dieser Macht gegen die zaristische Konterrevolution setzte allerdings den Fortbestand des Bündnisses zwischen Industrieproletariat und Bauernschaft voraus. Dessen waren sich die Bolschewiki bewusst. Dieses Bündnis zwischen dem zahlenmäßig kleinen Industrieproletariat und der großen Masse der ländlichen Bevölkerung trug jedoch nur solange und in dem Maße, wie die Bolschewiki der Bauernschaft Zugeständnisse machten und ihre eigentlichen Ziele hinten an stellten (Umwandlung des großen Grundbesitzes in sozialistisch-industrielle Landwirtschaft, nach und nach Kollektivierung). Zweimal machten die Bolschewiki ein solches Zugeständnis, um ihre errungene Macht erhalten zu können:

- gleich zu Beginn der Machtübernahme durch das Dekret über Grund und Boden, wodurch sie die Ergebnisse der spontanen Agrarrevolution im Verlauf des Jahres 1917 anerkannten. (Diese Ergebnisse entsprachen viel eher dem Programm der linken Sozialrevolutionäre als dem der Bolschewiki.)
- durch die „Neue ökonomische Politik“ nach Beendigung des Bürgerkrieges. Die „NÖP“ war wesentlich eine Antwort auf Bauernunruhen und -aufstände gegen Ende des Bürgerkrieges. Ohne die „NÖP“ hätten diese Unruhen und Aufstände der Macht der Bolschewiki ein Ende gesetzt.

Während der sogenannten „Industrialisierungsdebatte“ Mitte der 1920iger Jahre verlangten die „Rechten“ um Bucharin weitere Zugeständnisse an die Bauern, um das Bündnis nicht zu gefährden. In heftigen innerparteilichen Fraktionskämpfen setzte sich schließlich Stalin mit seiner an Preobraschenski orientierten Position durch. Nach Abschluss der Industrialisierungsdebatte wurden die letzten Reste innerparteilicher Demokratie beseitigt, in großen Schauprozessen oppositionelle Strömungen liquidiert. Die Entscheidung für Stalins Programm der Industrialisierung bedeutete aber vor allem die gewaltsame Umwandlung von Bauern in Industriearbeiter und die gewaltsame Umwandlung der bäuerlichen Landwirtschaft in staatliche oder genossenschaftliche Kollektivwirtschaften. **Die Stalinsche Politik machte aus Subjekten der antizaristischen Revolution bloße Objekte „sozialistischer“ Umgestaltung.** Es entstand eine Akkumulationsdiktatur mit dem Ziel der Industrialisierung, in der sich die bolschewistische Partei einen gigantischen staatlichen Unterdrückungsapparat schuf, der über die wichtigsten Produktionsmittel verfügte und mit den Mitteln eines diktatorisch-zentralistischen Plans und Mitteln einer kontrollierten Marktwirtschaft die gesellschaftlichen Reproduktion beherrschte. **Der in der sozialen russischen Revolution zum Eklat drängende Widerspruch zwischen Stadt und Land**

**in der russischen Gesellschaft wurde gelöst nicht im - auf sozialen Ausgleich und soziale Emanzipation orientierten - „Bündnis zwischen Industrieproletariat und Bauerschaft“, sondern durch die vollständige Unterwerfung der Bauern unter das Partei-Diktat von Akkumulation und Industrialisierung.**

### **Einige Details:**

1. Noch 1913, also kurz vor Beginn des 1. Weltkrieges, machte das Industrieproletariat nur ca. 5% der Gesamtbevölkerung aus. Rund 80% waren Bauern und Landarbeiter, davon 65% Kleinbauern und Landarbeiter. **Die Frage der sozialen Revolution auf dem Lande war unbestritten eine zentrale Frage der russischen Revolution.**
2. Nach der Revolution im Februar 1917, dem Sturz des Zaren wurde eine Provisorische Regierung gebildet, die neben den Sowjets der Arbeiter und Soldaten bestand. Die Provisorische Regierung unternahm jedoch keinerlei praktische Maßnahmen zur Durchführung einer Landreform, der Enteignung des Großgrundbesitzes.
3. Im Laufe von Frühjahr und Sommer nahm die ländliche Bevölkerung die Sache selbst in die Hand. Es bildeten sich Bauernsowjets, Grundbesitz wurde enteignet, die Häuser der Grundbesitzer zerstört und das Land durch die alten Bodenverteilungsgemeinden, ganz im Sinne der alten Verhältnisse auf dem Land (mir), an Bauern und Landarbeiter zur Nutzung verteilt. (Kein Privateigentum!) Dabei entstanden viele kleine Bauernhöfe, die außer dem Land über keinerlei Produktionsmittel verfügten. Ca. 30% mussten Zugtiere, Pflüge etc. von größeren Bauern mieten. **In großen Teilen war die Landwirtschaft Subsistenzproduktion, die kaum Überschüsse erwirtschaftete.** Die Städte können aber nur leben und sich entwickeln, wenn die Landwirtschaft ein entsprechendes Mehrprodukt erzeugt. (Ein Programm zur Auflösung der großen Städte – vergl. Engels „Zur Wohnungsfrage“ - wurde von keiner Partei vertreten.)
4. Diese Agrarrevolution entsprach dem Agrarprogramm der linken Sozialrevolutionäre. Die Bolschewiki wollten eigentlich den Großgrundbesitz verstaatlichen und in großem Stile bewirtschaften (Sozialistische Musterbetriebe). Noch im Frühjahr 1917 war das ein wesentlicher Punkt ihres Agrarprogramms (Aprilkonferenz). Nachdem die Bolschewiki die Macht ergriffen hatten, vollzogen sie jedoch einen Schwenk. Mit dem Dekret über Grund und Boden erkannten sie die Ergebnisse der spontanen Agrarrevolution an. Das war die Grundlage für ihr anfängliches Bündnis mit den linken Sozialrevolutionären und Grundlage für die Unterstützung durch große Teile der ländlichen Bevölkerung, ohne die die Bolschewiki den Bürgerkrieg nicht hätten gewinnen können.
5. Dieses Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern löste jedoch keinesfalls die Probleme der sozialen Revolution in Russland. Im Gegenteil: Die Ergebnisse der spontanen Agrarrevolution und deren nachträgliche Anerkennung durch die staatliche Macht verschärften den Widerspruch zwischen Stadt und Land. Die entstandenen Produktionsverhältnisse auf dem Land waren nicht geeignet, eine Versorgung der Städte sicher zu stellen. Der sich verschärfende Widerspruch zwischen Stadt und Land bestimmte die gesellschaftliche Entwicklung während der 1920iger Jahre, bis die Bolschewiki unter Stalins Führung diesen Widerspruch durch Zwangskollektivierung „lösten“.
6. Der Bürgerkrieg mit der weißen Reaktion war keineswegs die alleinige Ursache der Unterversorgung der Städte mit Lebensmitteln. Er verschärfte das Problem aber bis zur Unerträglichkeit. (Rückkehr vieler Leute auf das Land, Lenin fragte, wo denn eigentlich das Proletariat geblieben sei.) Das, was die Bolschewiki im Nachhinein als „Kriegskommunismus“ bezeichneten, war auch (wesentlich?) ein Ergebnis der Agrarrevolution und des sich verschärfenden Widerspruchs zwischen Stadt und Land. *„Der eigenartige 'Kriegskommunismus' bestand darin, dass wir faktisch von den Bauern alle Überschüsse, ja mitunter nicht nur die Überschüsse, sondern auch einen Teil der für*

*die Bauern notwendigen Lebensmittel einzogen, um den Unterhalt der Armee und den Unterhalt der Arbeiter zu decken. Wir nahmen sie größtenteils auf Kredit, gegen Papiergeld. Anders hätten wir in dem ruinierten kleinbäuerlichen Land über Gutsbesitzer und Kapitalisten nicht siegen können.“ (Lenin, Ausgew. Werke Bd. 3, S. 680)*

„Großenteils“ wurde den Bauern ihr Produkt auch mit Gewalt weggenommen! Das „Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern“ wurde auf eine harte Probe gestellt. Die Bauern wollten nicht die Rückkehr der alten Verhältnisse, aber sie wollten auch nicht von den Bolschewiki geplündert werden! Sie unterstützten die Bolschewiki gegen die Weißen, aber sie begannen sich gegen die Zwangsrequirierungen zu wehren, sobald der Bürgerkrieg mit den Weißen sich dem Ende zuneigte.

7. Resultat dieser zwangsweisen Aneignung von Überschüssen und notwendigen Lebensmitteln, war nach Beendigung des Bürgerkrieges 1920 ein wachsender Widerstand der Bauern bis hin zu Aufständen. Der größte dieser Aufstände fand im Gouvernement Tambow südöstlich von Moskau statt (1920-1922; Lenin soll diesen großen Aufstand als die größte Bedrohung für die Macht der Bolschewiki bezeichnet haben). Die Rebellenarmee schwoll auf 20-50.000 Kämpfer an. Die Bolschewiki stellten schließlich eine Armee von ca. 100.000 Soldaten, ausgerüstet mit Panzern und schwerer Artillerie, zusammen, um die Aufständischen niederzuschlagen. Dabei wurde auch Giftgas eingesetzt. (In Auseinandersetzungen über den Charakter der russischen Revolution, den Kritiken „linker Kommunisten“, spielt allenfalls der Kronstädter Aufstand eine Rolle, nicht jedoch die blutige Unterdrückung der Bauern.)
8. Die Bauernrevolten, allen voran die „Antonov-Bewegung“ in Tambow, machten jedoch trotz ihrer blutigen Unterdrückung das Scheitern des „Kriegskommunismus“ deutlich. Die Bolschewiki mussten erneut einlenken und den Bauern Zugeständnisse machen. Dies geschah durch die NÖP, die den Kapitalismus auf dem Lande auf alle erdenkliche Weise förderte (wieder Zulassung von Lohnarbeit, etc.), um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und die Versorgung der Städte zu verbessern.
9. Diese Politik führte zur Stärkung der Kulaken (Lohnarbeit anwendende Großbauern) und zur Entwicklung der Überschussproduktion auf dem Lande. Doch schon 1923 trat ein neues Problem auf, das als „Scherenproblem“ bezeichnet wurde. Die Produktivitätszuwächse in der verstaatlichten Industrie fiel hinter die Produktivitätszuwächse der Landwirtschaft zurück. Während die landwirtschaftlichen Produkte billiger wurden, verteuerten sich die Produkte der Industrie (vergl. Ehrlich „Industrialisierungsdebatte“). Der Austausch zwischen Stadt und Land funktionierte wieder nicht, diesmal, weil die städtische Industrie die Bauern nicht mit den benötigten Industrieprodukten beliefern konnten. Bauern verweigerten die Belieferung der Städte (Hortung landwirtschaftlicher Produkte).

Die politischen und theoretischen Auseinandersetzungen in Russland (zwischen Bolschewiki und Menschewiki sowie linken und rechten Sozialrevolutionären, die Auseinandersetzungen in der bolschewistischen Partei selbst) können nur verstanden werden vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die durch Krieg und die beginnende soziale Revolution geschaffen wurde. Die soziale Revolution war in sich widersprüchlich und schuf selbst Verhältnisse, die diese Widersprüche weiter verschärften (Stadt/Land). Sofern die anstehenden praktischen Probleme, für die es kein Rezept gab, an dem man sich hätte orientieren können, auf Zeit gelöst wurden, geschah dies durch Maßnahmen, die kaum etwas oder gar nichts mit einer kommunistischen Umwälzung zu tun haben. Die russische Gesellschaft des frühen 20igsten Jahrhunderts war nicht in einem Zustand, der eine kommunistische Umwälzung erforderlich und möglich gemacht hätte. Jede dogmatische Kritik am Bolschewismus, als Verrat an Prinzipien, die man hätte bewahren und umsetzen müssen, ist daneben. Es mussten praktische Antworten gegeben werden, die man in keinem Lehrbuch hätte finden können. Daraus folgert keine Rechtfertigung des bolschewistischen Pragmatismus der Machteroberung und des Machterhaltes! Was sie taten war nicht alternativlos! Aber ein „wahrer“, „echter“ etc. Kommunismus wäre nicht die Alternative gewesen. Dafür fehlten die entscheidenden

Voraussetzungen! Alle praktischen Maßnahmen, die dazu dienen sollten, um über den Rahmen einer demokratischen Revolution hinauszugehen, mussten das im Kampf gegen den Zarismus entstandene Bündnis des kleinen Industrieproletariats mit der Masse der bäuerlichen Bevölkerung zerstören. „Kommunismus“ war nur möglich im Kampf gegen die Mehrheit der Bevölkerung, durch deren terroristische Unterdrückung und Zurichtung. Was auf der Basis des antizaristischen Bündnisses möglich gewesen wäre, das lässt sich vielleicht im Begriff einer „sozialen Demokratie“ ausdrücken, die gekennzeichnet gewesen wäre durch eine Räteverfassung (im Unterschied zum normalen bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus) und möglichst weitgehende soziale Reformen.

Darüber zu diskutieren wäre müßig, wenn nicht auch heute noch auf der Welt Verhältnisse bestünden, aus denen sich spontan Revolutionen entwickeln, die nicht durch voluntaristischen Kraftakt und Terror gegen die Mehrheit der Bevölkerung in eine kommunistische Umwälzung umgewandelt werden können. Das jedenfalls sollte eine der wichtigsten Lehren aus der „Oktoberrevolution“ sein.

Robert Schlosser  
März 2011

# Mir (Dorfgemeinschaft)

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

**Mir** (russ. мир) oder **Obschtschina** (община) ist der Name für die russische Dorfgemeinschaft. Ihr gehörten alle Bauern eines Dorfes an. Der von ihnen genutzte Grund und Boden wurde periodisch unter ihnen umverteilt. Damit unterschied sich der Mir grundsätzlich von ländlichen Gebietskörperschaften West- und Mitteleuropas.

## Geschichte

Die Dorfgemeinschaft stammt aus altslawischer Zeit und wurde seit dem 10. Jahrhundert in den Feudalisierungsprozess der russischen Gesellschaft einbezogen. In diesem System war das Dorf dem Feudalherren kollektiv für alle Abgaben und Arbeitsleistungen (Fron) haftbar <sup>[1]</sup>.

Im Wesentlichen ging es bei dieser Feldgemeinschaft um die Verwaltung von landwirtschaftlich genutzten Flächen. Jeder Bauer sollte so viel Land zur Nutzung bekommen, dass er sich selbst erhalten und seinen Verpflichtungen gegenüber Staat und Grundeigentümern nachkommen konnte. Das Ackerland wurde entsprechend der Bodenqualität und anderen Kriterien in Nutzflächen aufgeteilt. Jeder Haushalt konnte entsprechend der Anzahl seiner erwachsenen Mitglieder einen oder mehrere Landstreifen beanspruchen, wobei in regelmäßigen Abständen eine Neuverteilung erfolgte.

Mit der unter Zar Alexander II. 1861 durchgeführten Reform, welche die Abschaffung der Leibeigenschaft beinhaltete, erhielt der Mir eine noch stärkere Bedeutung: nebst der Verwaltungsfunktion wurde er Eigentümer der an die Bauern abgetretenen Landbauflächen, haftete aber im Gegenzug kollektiv für die finanziellen Leistungen gegenüber dem Staat. Auf diese Weise konnte das Problem der staatlichen Ressourcengewinnung auf schlanke Weise gelöst werden, denn der Aufbau einer genügend großen Steuerverwaltung hätte den zaristischen Staatsapparat im weitläufigen Reich überfordert.

Aus ökonomischer Sicht stand der Mir einer rationellen Betriebsweise entgegen. Die periodische Umverteilung schloss ein bäuerliches Interesse, den Boden durch Düngung, Melioration oder ähnlichen Maßnahmen zu verbessern, weitgehend aus. Da die Bauern stets damit rechnen mussten, das von ihnen verbesserte Land nach der nächsten Umverteilung wieder zu verlieren, scheuten sie im Allgemeinen vor langfristigen Maßnahmen zurück. Zusätzlich begünstigte die ständige Neueinteilung Bodenzersplitterung, was einer effizienten Bewirtschaftung abträglich ist. Denn es kam so zu extremen Gemengelagen, was

die Aufrechterhaltung des Flurzwanges und der alten Dreifelderwirtschaft nötig machte.

Durch zahlreiche Konzessionen an die adeligen Grundbesitzer klafften Wortlaut und Realität der 1861 durchgeführten Reform weit auseinander: Den "frei" gewordenen Bauern wurde einerseits nicht genügend Anbaufläche für die eigene Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt, andererseits lasteten den Landwirten hohe Steuern und je nachdem auch Schuldzinsen an den Staat an. Diese Tatsache, gepaart mit einer wachsenden Bauernbevölkerung bei gleichbleibenden Anbauflächen, führte zu einer tiefen Agrarkrise in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Die Landgemeinde wurde durch die stolypinschen Reformen von 1906 erheblich geschwächt, denn nun hatten die Bauern die Möglichkeit, aus ihr auszutreten und das Land als Privateigentum zu bewirtschaften. Das führte zu einer Steigerung der Agrarproduktion, aber beschleunigte auch die soziale Differenzierung auf dem Dorfe.

Eine Analoge zu den Kollektivwirtschaften (Kolchosen), die 1928/32 von der sowjetischen Regierung eingeführt wurden, war die gemeinsame Abgabepflicht. Der große Unterschied bestand darin, dass der Kolchos Eigentümer der Ernte war und aus dem Verkaufserlös (zu staatlich festgesetzten Preisen) die Bauern für ihre Arbeit entlohnte. Der im Mir lebende Bauer war Eigentümer des Produktes seiner Arbeit und musste aus seiner Ernte bzw. deren Verkaufserlös seinen Anteil an den Abgaben des Dorfes leisten.

Slawophile Denker sahen in der Existenz des dörflichen Mir den Beweis dafür, dass das russische Volk angeblich nicht nach dem "bürgerlichen" Erwerbsstreben trachtet, sondern dafür auserlesen sei, die sozialen Probleme der Menschheit zu lösen. Aus diesem Grunde wurde der Mir auch häufig idealisiert. Die Dorfgemeinschaft spielte auch in Diskussionen zwischen den Volkstümlern und russischen Marxisten eine wichtige Rolle.

## **Einzelnachweise**

1. Richard Lorenz: Sozialgeschichte der Sowjetunion 1: 1917-1945, Frankfurt am Main 1976, S. 307

## **Literatur**

- Richard Lorenz: Sozialgeschichte der Sowjetunion 1: 1917-1945, Frankfurt am Main 1976
- Richard Pipes: *Russland vor der Revolution*. C. H. Beck, München 1977.
- Berthold Krapp: *Bauernnot in Russland und bolschewistische Revolution*. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1957.

- Günther Stökl: *Russische Geschichte*. Kröner Verlag, Stuttgart 1983 (4. Aufl.). ISBN 3-520-24404-7

Von „[http://de.wikipedia.org/wiki/Mir\\_\(Dorfgemeinschaft\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Mir_(Dorfgemeinschaft))“

Kategorien: [Russische Geschichte](#) | [Gesellschaft \(Russland\)](#)

---

- Diese Seite wurde zuletzt am 20. Januar 2011 um 15:13 Uhr geändert.
- Der Text ist unter der Lizenz „Creative Commons Attribution/Share Alike“ verfügbar; zusätzliche Bedingungen können anwendbar sein. Einzelheiten sind in den Nutzungsbedingungen beschrieben.  
Wikipedia® ist eine eingetragene Marke der Wikimedia Foundation Inc.
- [Datenschutz](#)
- [Über Wikipedia](#)
- [Impressum](#)

# Februarrevolution 1917

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Die **Februarrevolution** (russ. Февральская революция / Transkription *Fewralskaja rewoljuzija*) des Jahres 1917 beendete die Zarenherrschaft in Russland. Der Name geht auf den damals in Russland geltenden Julianischen Kalender zurück. Nach gegenwärtiger (gregorianischer) Zeitrechnung begann die Revolution am 8. März. Unmittelbare Ursachen der Februarrevolution waren die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges, die die sozialen Spannungen der Vorkriegszeit zusätzlich verstärkten.

An die Stelle der Zarenherrschaft bzw. Zarenregierung trat zunächst ein Nebeneinander von Parlament (Duma) und Arbeiter- und Soldatenräten (russ. Sowjet). Die Duma setzte eine *Provisorische Regierung* zunächst unter Ministerpräsident Lwow und dann unter Kerenski ein. Für den Herbst des Jahres 1917 plante die Duma die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung, die über die Zukunft der Russischen Republik entscheiden sollte. Jedoch übernahmen noch im selben Jahr die Bolschewiki gewaltsam durch die Oktoberrevolution die Macht in Russland.

## Inhaltsverzeichnis

- 1 Vorgeschichte
  - 1.1 Autoritätsverlust des Zaren und Niederlagen im Ersten Weltkrieg
  - 1.2 Der Zar als Oberbefehlshaber
  - 1.3 Fortdauer der politischen Krise
  - 1.4 Ökonomische Krise und sozioökonomischer und kultureller Wandel
  - 1.5 Landwirtschaft
- 2 Verlauf der Revolution
  - 2.1 Demonstrationen und Zuspitzung der Krise
  - 2.2 27. Februar (12. März)
  - 2.3 28. Februar (13. März)
  - 2.4 Abdankung des Zaren
  - 2.5 Regierungsbildung im neuen Staat
- 3 Folgen
- 4 Siehe auch
- 5 Einzelnachweise



- 6 Literatur
- 7 Weblinks
  - 7.1 Interaktiv

## Vorgeschichte

Die Niederlagen des Zarenreiches gegen England und Frankreich im Krimkrieg der Jahre 1854/1856 hatten schonungslos offengelegt, dass eine grundlegende wirtschaftliche und soziale Erneuerung des zaristischen Reiches nötig war. Es folgten die *Großen Reformen*, die beispielsweise die Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1861, die Justizreform im Jahre 1864 und die Einrichtung von Selbstverwaltungsorganen auf Gouvernementebeine, die *Semstvos*, im Jahre 1864 umfasste. Dazu gehörte auch eine Strategie zum Aufbau einer eigenen Schwerindustrie, wie es sie im Vereinigten Königreich gab.

Dies sah vor, die russische Industrie über die zur damaligen Zeit erstellten Textilien und sonstigen Produkte der Leichtindustrie hinaus in die Lage zu versetzen, selbst Lokomotiven, Dampfmaschinen und Kanonen herzustellen. Die daraufhin neu erbauten Fabriken, zumeist große Unternehmen, die dank ausländischem Kapital und staatlichen Subventionen errichtet wurden, zogen immer mehr Arbeiter aus den ländlichen Regionen in die neuen Industriezentren. Diese neue Verstädterung sollte durch die Beibehaltung der Passkontrolle durch die Dorfgemeinden aufgehalten werden, konnte aber die schnell anwachsende Zahl von Abwanderern in die Städte nicht verhindern. Daraufhin wurde beides zum Problem, zum einen die große Anziehungskraft der höheren Löhne in den Fabriken (Städte) und im Gegensatz dazu die abstoßende Kraft einer zunehmenden Überbevölkerung auf dem Land. Dies machte alle Gegenmaßnahmen der zaristischen Autokratie zunichte, es entstanden Arbeitervororte, Massenelend und eine *Soziale Frage* in den wenigen, aber umso größeren Städten des Zarenreiches.

Auf die Entstehung eines *Vierten Standes* in der russischen Gesellschaft war die zaristische Regierung denkbar schlecht vorbereitet. Die neue Arbeiterschaft passte nicht in die im Zarenreich bestehende agrargesellschaftliche „Ordnung“. Der Stand blieb ein Fremdkörper, den trotz partieller Modernisierungsbereitschaft weder die Autokratie akzeptierte noch der Adel, der den kleinsten Anteil an der Bevölkerung des Zarenreiches darstellte und den Staat weiterhin trug.

## Autoritätsverlust des Zaren und Niederlagen im Ersten Weltkrieg

Zar Nikolaus II. befahl Ermordungen von politischen Gegnern oder verhaftete diese – meistens wurden solche politische Gefangene in sibirische Arbeitslager gesteckt – und installierte kurzfristig ein Spitzelsystem im ganzen Land. Im Jahre 1905, am Petersburger Blutsonntag, ließ er auf Demonstranten schießen, seine Geheimpolizei und das Militär wurden angewiesen, jeden Aufstand im Keim zu ersticken. Schließlich musste Nikolaus doch eine Wahl zur Duma zulassen. Den Rat seines früheren Finanzministers Sergei Witte, der ihm schnelle und umfassende Reformen empfahl, ignorierte Nikolaus weitgehend. Außerdem brach er mehrfach willkürlich die Verfassung.

Spätestens im September des Jahres 1915, als der Zar das Parlament ein weiteres Mal auflöste, verfestigten sich die Spannungen zwischen Parlament und Zar zu Gegensätzen, die einen Kompromiss unter Wahrung des inneren Friedens kaum noch zuließen. Die *Semstvos* und die städtischen Selbstverwaltungsorgane, die sich zu einem reichsweiten Verbund zusammengeschlossen hatten, bildeten gemeinsam mit verschiedenen liberalen (bis zu den moderaten Monarchisten reichenden) Parteien in der Duma einen so genannten *Progressiven Block*, der die Forderung nach einer Teilnahme an der Regierung mit neuem Nachdruck erhob.

Der Erste Weltkrieg hatte, wie in allen europäischen Staaten, bei der Bevölkerung mit einem nationalen Hochgefühl begonnen. Nach der Wende an der deutschen Ostfront mit der Schlacht von Gorlice-Tarnów des Jahres 1915 kam es jedoch zu einer Serie von empfindlichen Niederlagen. Im Zuge der deutschen Gegenoffensive des Jahres 1915 musste Russland sich immer mehr zurückziehen. Infolge dieses Großen Rückzugs der Kaiserlich Russischen Armee gingen zunächst Polen und Litauen vollständig verloren, das Kurland und weite Teile des westrussischen Gebietes bis zu einer Linie von der Düna zur rumänischen Grenze. Dieser regelrechte Zusammenbruch der, zumeist schlecht ausgerüsteten, russischen Armee an der Westfront zog eine schwere Krise der obersten militärischen Führung mit sich.

## Der Zar als Oberbefehlshaber



Nikolaus II. auf einem Gemälde von Earnest Lipgart

Entgegen der einstimmigen Bitte seiner Minister auf einer Sitzung des Ministerrates setzte der Zar den russischen Oberbefehlshaber Nikolai Nikolajewitsch ab, übernahm am 23. August<sup>jul./</sup> 5. September 1915<sup>greg.</sup> selbst den Oberbefehl und ernannte General Alexejew zum Generalstabschef. Am selben Tag traf der Zar im Hauptquartier an der Kriegsfront im fernen Mogilew ein. Nach dem geschlossenen Rücktritt der zaristischen Regierung lag der „Schlüssel des Schicksals“ des durch den Krieg und die Inflation ökonomisch stark eingeschränkten Landes nun bei der Armee, da der Zar jeden weiteren Rückzug und jede weitere Niederlage auch persönlich verantworten musste. Zunächst gelang es jedoch im September 1915, durch starke Gegenangriffe die Front zu stabilisieren.



Zar Nikolaus II. und General Brussilow

Der Zarewitsch befand sich ebenfalls in Mogilew, die Zarin und die Töchter kamen wiederholt zu Besuch. Nikolaus II. widmete sich seiner neuen Aufgabe mit Hingabe und wurde in seiner Entscheidung nach dem Rückschlag in der Schlacht am Naratsch-See durch den Erfolg der Brussilow-Offensive im Jahr 1916 bestärkt. Für 1917 plante er eine neue Sommeroffensive. Andererseits desertierten allein 1916 eineinhalb Millionen russische Soldaten.<sup>[1]</sup>

## Fortdauer der politischen Krise

Um diese Zeit flammten die Streiks der hauptstädtischen Arbeiter, die im Vorkriegsjahr einen Höhepunkt erreichten, danach aber im Geiste der neuen nationalen Solidarität und des Weiteren als Folge der Mobilmachung abgeflaut waren, wieder auf. Fortan weiteten sie sich, angefacht durch dramatisch zunehmende Versorgungsprobleme sowie Brennstoffmangel und einen ungewöhnlich kalten Winter in den Jahren 1916/17, zu einem regelrechten Flächenbrand aus, den die Autokratie nicht mehr einzudämmen vermochte.<sup>[2]</sup> Im November schrieb Großfürst Michail an seinen Bruder, den Zaren: „Ich bin überzeugt, dass wir auf einem Vulkan stehen und schon der kleinste Funke, der kleinste falsche Schritt eine Katastrophe für Dich, für uns alle und für Russland auslösen kann.“<sup>[3]</sup>

Durch die Missstände zerbrach der vereinbarte Burgfrieden, der erst das Stillhalten der Opposition innerhalb des Krieges sichern sollte, recht schnell. Die wachsende Protestbereitschaft der Bevölkerung zeigte sich in der Duma, die von Vertretern des Bürgertums und des Adels dominiert wurde. In der Duma bildete sich seit 1915 der *Progressive Block*, der die Erbitterung über die

autokratische Politik Nikolaus' II widerspiegelte. Der *Progressive Block* war die stärkste parlamentarische Opposition seit der Revolution von 1905.

Der *Progressive Block* umfasste alle Abgeordneten außer Rechts-/Links-Radikalen, und forderte eine Liberalisierung Russlands. Bald schloss sich dieser Block zum *Semstwo* (ländliche Selbstverwaltung) und Kongress des Städteverbandes zusammen. Die Forderungen des *Semstwo* waren das Ende der Autokratie und eine siegreiche Beendigung des Krieges. Die Antwort des Zaren war die Auflösung der Duma; Abgeordnete wurden trotz Immunität unter polizeiliche Überwachung gestellt. Daraufhin befand sich Nikolaus hauptsächlich im Hauptquartier der Armee und die unbeliebte Zarin Alexandra übernahm somit die Hauptgeschäfte der Politik.

## **Ökonomische Krise und sozioökonomischer und kultureller Wandel**

Der russische Staat machte während des Ersten Weltkrieges eine enorme Wirtschaftskrise durch. Die Erfordernisse der modernen Kriegsführung veranlassten das Zarenreich zum Ausbau der industriellen Kapazitäten. Zu dessen Finanzierung wurde nach dem Scheitern von Kriegsanleihen schließlich die Notenpresse bedient. Durch die Vermehrung der Geldmenge kam es im zweiten Kriegsjahr zu einer signifikanten Inflation. Diese sollte bis Ende 1916 eine durchschnittliche Verteuerung von Arbeit und Gütern um 400 Prozent fordern. Dadurch wurde die Nahrungsmittelproduktion der Großgrundbesitzer nahezu lahmgelegt, da sie auf die Beschäftigung von Lohnarbeitern angewiesen waren.

1916 verschlechterte sich die Ernährungslage der Bevölkerung beträchtlich. Die Heeresverwaltung kaufte die Lebensmittel für die Armee in den westlichen Provinzen auf, wodurch es immer schwerer wurde, Ersatz für die Zivilbevölkerung zu beschaffen. Im Herbst 1916 begann das Schlangestehen der Bevölkerung vor den Bäckereien. Bei den Streiks wurde immer lauter das Ende des Krieges und ab Oktober 1916 auch das Ende der Zarenherrschaft gefordert.

Der wirtschaftliche, soziale und administrative Wandel ging zumindest in den Städten mit einer Art *kulturellen Modernisierung* einher. Ein Land wie das zaristische Russland, das sich anschickte, eine konkurrenzfähige Industrie aufzubauen, um den Anforderungen des Krieges zu entsprechen, die Gesetzeskonformität durch ein zeitgemäßes Justizsystem zu befördern und durch Dezentralisierung die Effizienz der regionalen Verwaltungen zu verbessern, brauchte eine deutliche Erhöhung der Breitenqualifikation. In der Tat leisteten die Regionalverwaltungen, die *Semstvos*, beim Aufbau eines Bildungswesens und in der öffentlichen Gesundheitsvorsorge Erstaunliches. Der Staat baute die Universitäten aus und zog eine Bildungselite aus Lehrern, Ärzten, Juristen und Ingenieuren heran, die in erheblichem Maße unter den Einfluss westeuropäischer politischer Ideen und allgemein weltanschaulich-moralischer

Vorstellung geriet. Diese galten zu dieser Zeit als fortschrittlich, an ihnen richteten viele ihre Lebensziele und Gewohnheiten aus. Es bildete sich eine Intelligenzija heraus, die für Reformen aufgeschlossen war und es ablehnte, sich in ihrem öffentlichen Handeln von einem allgegenwärtigen Staat einschränken zu lassen. Es wäre aus heutiger Sicht jedoch falsch, die Intelligenz und Opposition gleichzusetzen, erst recht hatten „intelligent“ und „revolutionär“ nicht die gleiche Bedeutung.<sup>[4]</sup>

Die Kleinbauern produzierten zwar noch genügend Nahrungsmittel, allerdings wurde für sie der Verkauf ihrer Erträge unrentabel. Inflation und Konzentration auf die Fertigung für das Militär hatten die Preise für industrielle Güter, die die Bauern benötigten, nach oben getrieben. Da der Strom von Fertiggütern von den Städten auf das Land versiegte, kam auch der Gegenstrom von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in die Städte zum Erliegen. Des Weiteren fielen mehrere Millionen Haushalte weg, die sich bis zum Kriegsbeginn auf dem Land durch simple handwerkliche Fertigung von Gebrauchsgütern über Wasser gehalten hatten. Diese halbbäuerliche Schicht der Gesellschaft wurde teilweise durch die Verpflichtung in der Armee, zum größten Teil allerdings durch die höheren Löhne in den Fabriken der Städte geschwächt.

Mit dem sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Wandel hielt die politische Entwicklung nicht Schritt. Dies war eines der Grunddilemmas der Reformen der Regierung, nämlich dass die Autokratie ihre eigene nötige Modernisierung verpasste. Durch den Druck des Generalstreiks in Petrograd musste der Zar 1905 im so genannten *Oktobermanifest* eine Duma gewähren, die er aber in ihren Rechten beschränkte. Doch ohne die Regierung wählen und zur Verantwortung ziehen zu können, blieb das Parlament formal weitgehend machtlos. Es entstand eine doppelte Diskrepanz. Auf der einen Seite stand der sozioökonomische kulturelle Wandel sowie die politische Partizipationsverweigerung. Auf der anderen Seite stand der nachholende Charakter dieser Modernisierung im Vergleich zur Modernisierung in Westeuropa. In der Arbeiterschaft wuchs zunehmend eine marxistische Bewegung, und obwohl die Bauern nichts von einer Bewegung gegen den Zaren wissen wollten, wuchs auch bei ihnen der Anteil derjenigen, die die *neue Ideologie* unterstützten und den Sturz des Zaren vorantrieben. Sie strebten einen neuen agrarsozialistischen Staat an.<sup>[2]</sup>

## Landwirtschaft

Die russische Volkswirtschaft war um das Jahr 1916 immer noch relativ stark landwirtschaftlich geprägt, sodass es ohne Mithilfe der Bauernschaft, die einen sehr großen Bevölkerungsteil des Zarenreiches darstellte, keine Revolution geben konnte. Aufgrund von Not und enttäuschten Erwartungen an die zaristische Regierung war es bereits öfter zu Erhebungen der Bauern gekommen, die meist mit der Verbrennung von Gutshöfen, der Plünderung von Vorratsspeichern und der eigenmächtigen Inbesitznahme von Land verbunden waren, besonders jener „abgeschnittenen Landstücke“, die vor der schwierigen Entflechtung von Guts- und Bauernwirtschaften im Gefolge der Aufhebung der Leibeigenschaft 1861 von der Dorfgemeinde bewirtschaftet worden waren und von dieser beansprucht wurden. Zumeist brachen solche Aufstände ebenso schnell wieder zusammen, wie sie entstanden waren.



Russische Bauern bei der Heuernte 1909

Nach Kriegsbeginn im Jahre 1914 gab es kaum agrarischen Sozialprotest. Da die große Mehrheit der Rekruten aus Dörfern kam, gab es hier kaum noch jemanden, der sich gegen die Obrigkeit hätte erheben können. Erst eine neu entstehende Verbindung zwischen den Bauern in den ländlichen Regionen und den Städtern verlieh einem neu ausbrechenden agrarischen Sozialprotest eine revolutionäre Qualität.

Hildermeier schreibt hierzu:<sup>[4]</sup>

„Allem Anschein nach hat der Ausbruch der Revolution mit langfristigen Veränderungen zu tun, die den parochialen dörflichen *Horizont* aufbrachen und für überregional-gesamtstaatliche Probleme öffneten. Vieles spricht dafür, dass diese Erweiterung des so genannten Horizontes und das gesteigerte Interesse vor allem von zwei wesentlichen Faktoren gefördert wurden.“

Dies waren zum einen die Wanderarbeit, welche Bauern saisonal oder auch viele für ganze Lebensabschnitte in die größeren Städte brachten, wo sie mit allgemeinen sozialen und politischen Fragen, meist über Zeitungen, konfrontiert wurden und auf Angehörige der oppositionellen *Intelligenz* trafen. Zum anderen hatten immer mehr Bauern Militärdienst zu leisten, was sie ebenfalls außerhalb ihrer Heimatregionen brachte.

## Verlauf der Revolution

Die weitere Verschlechterung der Versorgungslage der Bevölkerung im harten

Winter der Jahre 1916/1917, die Zwangseintreibung und ein neues, fehlgeschlagenes Ablieferungssystem verstärkten die Unzufriedenheit. 1917 entstanden in den Industriezentren Hungerrevolten, Streiks und Demonstrationen. Anlass der Demonstrationen war unter anderem der 12. Jahrestag des Petersburger Blutsonntages. Die Verhaftungen von Regimekritikern konnten der revolutionären Stimmung nicht entgegenwirken, sondern führte nur zu einer stärkeren Radikalisierung.

Am 23. Februar<sup>jul.</sup>/ 8. März 1917<sup>greg.</sup> begann mit einer Hungerrevolte in Petrograd die eigentliche Revolution des Jahres 1917. Deren wesentliche Kennzeichen war die Auflehnung des verarmten Volkes gegen die luxurgewöhnte Petrograder Aristokratie, der Sturz der politischen Ordnung und die Errichtung einer ideologisch motivierten, in weiten Bereichen anerkannten neuen Staatsmacht.

## Demonstrationen und Zuspitzung der Krise

Am 14. Februar<sup>jul.</sup>/ 27. Februar<sup>greg.</sup> wurde die Duma wiedereröffnet. Noch am Vortag, als der Ministerpräsident das Parlament ein weiteres Mal auflöste, hatten sich die Abgeordneten angesichts der Unruhen geweigert, dieser Order vorbehaltlos nachzukommen, und einen Ältestenrat belassen. Sie erneuerten ihre Angriffe auf die zaristische Regierung in scharfer Form. Der am Vortag gebildete Ältestenrat konstituierte sich nun unter der Leitung des Dumapäsidenten Rodsjanko als *Provisorisches Komitee zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung*.

Die Duma kündigte den Gehorsam wegen revolutionärer Entwicklung auf und verweigerte den daraufhin folgenden Auflösungsbefehl. Danach setzte sie ein *Provisorisches Duma-Komitee* unter der Führung des *Progressiven Blockes* ein und hoffte weiterhin auf einen Sinneswandel des Zaren. Da dieser jedoch ausblieb, war die Duma im Verlauf der folgenden Wochen durch den Druck der Straße zur Machtergreifung des Parlaments und der Verhaftung der Regierung, der Militärbefehlshaber und ebenso des Zaren gezwungen. Ein neuer Oberkommandierender wurde ernannt und Duma-Bevollmächtigte in den Ministerien eingesetzt. Das provisorische Duma-Komitee bestand bis zu den nächsten Wahlen. Staatsrechtlich gesehen war dies eine Usurpation und zugleich der entscheidende revolutionäre Akt: So wie sich im August des Jahres 1789 der *Dritte Stand* in der französischen Hauptstadt Paris zur Nationalversammlung erklärt hatte, so reklamierte das russische Parlament mit dieser Bekanntmachung alle Befugnisse für sich, die eben noch von der zaristischen Regierung ausgeübt wurden.<sup>[4][5]</sup>

Mittlerweile füllten zahlreiche hungernde und erregte Menschen die Straßen, da die Lebensmittelversorgung ins Stocken geraten war. Bereits zu nächtlicher Stunde standen Menschen in endlosen Schlangen um Brot an. Es kam zu



vereinzelt Plünderungen.

Dessen ungeachtet reiste der Zar von Petrograd ins Hauptquartier ab, um Kriegspläne auszuarbeiten. Am 18. Februar<sup>jul.</sup>/ 3. März<sup>greg.</sup> brach bei den Putilow-Werken ein Streik aus. Daraufhin verfügte die Direktion die Aussperrung von 30.000 Mann. Prompt kam es zu einer Protestdemonstration gegen die katastrophale Versorgungslage. Lawinenartig dehnten sich die Proteste auf andere Betriebe aus, und es wurde der Generalstreik proklamiert. Tausende demonstrierten mit roten Fahnen auf dem Newski-Prospekt.

Die Arbeiterkomitees sahen es für unwahrscheinlich an, von der Armee die notwendige Unterstützung für eine großangelegte proletarische Revolution zu bekommen. Daher entstand die Idee einer friedlichen Volksbewegung von den Arbeiterkomitees. Es war trotzdem kein gezielter Aufruf für Streiks geplant, um gewaltsame Zwischenfälle mit der gefürchteten Polizei zu vermeiden. Es zeigte sich bei den ersten Zusammenstößen jedoch, dass die Soldaten größtenteils bereit waren, zum Schutz der Zivilisten (unter denen sich auch viele Soldatenfrauen befanden) gegen die Polizei vorzugehen. Fabrikarbeiter aus dem Wyborger Rajon und weiteren Stadtteilen schlossen sich darauf in großer Zahl den Streiks an. Es traten dann noch Demonstrationen auf, welche die für den Krieg notwendigen Munitionsfabriken Petrograds bedrohten. Solche Demonstrationen, welche von Arbeiter- und Soldatenfrauen ausgingen, verbreiteten sich von Petrograd aus im ganzen Land.<sup>[6]</sup>



Frauendemonstration im  
Februar 1917

Die Forderungen der Arbeiter- und Soldatenfrauen konzentrierten sich auf eine sofortige Beendigung des Krieges, die Herausgabe von Lebensmitteln und die sofortige Abdankung des Zaren. Am nächsten Tag, dem 24. Februar<sup>jul.</sup>/ 9. März<sup>greg.</sup>, wurden auch die Arbeiterkomitees wieder aktiv und riefen nun doch zur Unterstützung der sich schnell ausbreitenden Bewegung auf. Angeblich schlossen sich mehr als die Hälfte des Petrograder Arbeiterstandes dem Aufstand an. Schon während des Aufstandes gab es in den Betrieben Wahlen zu Arbeiterräten, der Form der Selbstorganisation, die die Arbeiter schon 1905 herausgebildet hatten. Daraus entstanden in Folge Arbeiter- und Soldatenräte im ganzen Land, die den Petrograder Sowjet als ihre Regierung anerkannten.



Der Zar befand sich im Hauptquartier in Mogilew. Am 24. Februar<sup>jul.</sup>/ 9. März<sup>greg.</sup> abends sandte er an den Stadtkommandanten Chabalow telegraphisch den Befehl, die Unruhen in der Stadt „schon morgen zu liquidieren“.<sup>[7]</sup> Am 25. Februar<sup>jul.</sup>/ 10. März<sup>greg.</sup> nachmittags schoss eine Abteilung des Wolhynischen Garderegiments auf die Aufrührer, und sechzig Demonstranten blieben tot auf dem Platz. An anderen Orten dagegen gingen Soldaten gegen die Polizei vor. Kosaken, die der Petrograder Stadtkommandant zur Entwaffnung der Aufständischen schickte, weigerten sich zu schießen und nahmen stattdessen die roten Nelken entgegen, die man ihnen überreichte.



Demonstration in Petrograd  
1917

Dumapäsident Michail Rodsjanko sandte an den Zaren ein Telegramm, in dem er ihn aufforderte, „unverzüglich Maßnahmen zu treffen, denn morgen wird es zu spät sein.“<sup>[8]</sup> Die Stunde sei gekommen, in der über das Vaterland und die Dynastie entschieden werde. Das Telegramm blieb unbeantwortet. Es ist unklar ob es überhaupt an den Zaren übergeben wurde.

## 27. Februar (12. März)

Am 27. Februar<sup>jul.</sup>/ 12. März<sup>greg.</sup> ging in Petrograd das Wolhynische Garderegiment auf die Seite der Revolution über. Das Preobraschenskij- und das Litowskij-Garderegiment folgten. Mehrere Kommandanten wurden erschossen, die Soldaten fraternisierten sich mit den Arbeitern, die nach der Erstürmung der Waffenarsenale ebenfalls Gewehre erhielten. Die Polizei wurde entwaffnet. In beschlagnahmten Fahrzeugen mit roten Fahnen fuhren die Revolutionäre unter lautem Jubel durch die Straßen.

Ein Teil des Moskauer Regimentes leistete kurze Zeit Widerstand. Nachdem dieser gebrochen war, wurden zahlreiche Offiziere getötet, und auch das Moskauer Regiment schloss sich der Erhebung an. Gerichtsgebäude, Polizeikasernen und Gefängnisse wurden gestürmt und nach der Befreiung der Gefangenen in Brand gesteckt. Am Nachmittag wurde auch das Gebäude der Duma von bewaffneten Soldaten und Arbeitern besetzt, und noch am Abend versammelte sich im Sitzungssaal der Duma der erste Arbeiter- und Soldatenrat.

Die noch immer amtierende zaristische Regierung verhängte über Petrograd den Belagerungszustand. An einigen Orten wurden Aufständische mit Maschinengewehren beschossen, andernorts verhafteten die Aufständischen ihrerseits zaristische Würdenträger im Namen des Arbeiter- und Soldatenrates.

Der Zar schrieb in sein Tagebuch: „Ging um 3 1/2 zu Bett, weil ich noch lange mit N. I. Iwanow gesprochen habe, den ich mit Truppen nach Petrograd schicke,

um Ordnung zu schaffen“.<sup>[9]</sup> Um fünf Uhr morgens verließ er selbst das Hauptquartier in Mogilew, um zu seiner Familie nach Zarskoje Selo zu fahren. Tagsüber passierte sein Zug Wjasma, Rshew und Michoslawl. Nikolaus beorderte auch Truppen von der Kriegsfront zur Sicherung seiner Sommerresidenz Zarskoje Selo.

## 28. Februar (13. März)

Am 28. Februar<sup>jul.</sup>/ 13. März<sup>greg.</sup> brach der Aufstand in Moskau aus und nahm einen ähnlichen Verlauf wie in Petrograd. Im Taurischen Palast bildeten sich zwei politische Zentren: Im rechten Flügel die Provisorische Regierung unter Fürst Lwow, im linken Flügel der Sowjet mit den Delegierten der Arbeiter und Soldaten.

Währenddessen bemächtigten sich die Revolutionäre in Petrograd aller Bahnhöfe, des Telefonamtes, der Peter-Pauls-Festung und der Admiralität. Zarskoje Selo wurde von Aufständischen besetzt und die Kaiserin fortan bewacht. Der Zug des Zaren musste nachts bei Wischera umkehren, weil Ljuban und Tosno bereits in den Händen der Aufständischen waren. Der Zug wurde nach Pskow, dem Hauptquartier der Nordfront, die sich dem Zaren abgewandt hatte, umgeleitet.

Hier meldete der Oberbefehlshaber der Nordfront, General Russki, dem Zaren den Ausbruch der Revolution in Petrograd und riet ihm, abzudanken und sich der Gnade der Sieger zu ergeben. Die Aussicht auf eine Niederschlagung des Aufstandes war in den Augen der Generäle in Pskow so gering, dass sie den Zaren dazu veranlassten (zwangen), einer neuen *Regierung des gesellschaftlichen Vertrauens* zuzustimmen. Dies genügte den neuen Machthabern in Petrograd noch lange nicht, sie forderten den Thronverzicht des Zaren, eine Reihe sogar seinen Tod.

## Abdankung des Zaren



Eine der letzten Aufnahmen  
des Zaren in seiner zum  
Schluss üblichen  
Armeekleidung



Der Winterpalast in  
Petrograd war Sitz der  
Zarenfamilie

Am 1. März<sup>jul.</sup>/ 14. März<sup>greg.</sup> morgens rief Nikolaus General Iwanow von dem ohnehin nicht sonderlich aussichtsreichen Unternehmen zurück. Um 10.15 Uhr erhielt Nikolaus vom Duma-Präsidenten Rodsjanko telegraphisch die Aufforderung abzudanken. Russki berichtete dem Zaren über ein langes Telefongespräch mit Dumapäsident Rodsjanko, das ergeben habe, die Abdankung des Zaren sei unerlässlich. Russki gab den Inhalt des Gespräches an das Hauptquartier weiter, und von dort ging es an alle Oberbefehlshaber. Bis 14 1/2 Uhr hatten alle geantwortet, und ausnahmslos sprachen sie sich für die Abdankung des Zaren aus. Der Zar gab dem Druck nach, und aus dem Hauptquartier wurde der Entwurf eines Manifestes geschickt.



Grabmal der letzten Zarenfamilie in der Peter-Paul-Kathedrale

In der folgenden Nacht unterzeichnete der Zar ein Manifest, das die Berufung eines dem Parlament verantwortlichen Ministerkabinettes vorsah. Rodsjanko wurde davon telefonisch in Kenntnis gesetzt. Er antwortete, dieses Zugeständnis komme viel zu spät, erforderlich sei vielmehr die Abdankung des Zaren.

Am 2. März<sup>jul.</sup>/ 15. März<sup>greg.</sup> vereinbarte die Duma mit dem Arbeiter- und Soldatenrat, dass der Zar abgesetzt sei und eine Provisorische Regierung gebildet werde. Um 15 Uhr gab im Taurischen Palast Miljukow die Liste der neuen Minister mit Fürst Lwow an der Spitze bekannt. Die von den Soldaten verhafteten Minister des Zaren wurden in die Peter-Pauls-Festung überführt. Gegen 22 Uhr trafen das Staatsratsmitglied Alexander Iwanowitsch Gutschkow und das Dumamitglied Wassili Witaljewitsch Schulgin aus Petrograd im Salonwagen des Zarenzuges ein. Gutschkow berichtete dem Zaren, es bestehe die Gefahr, dass Petrograd und die Front in die Hände der Anarchisten falle und die Gemäßigten hinweggefegt werden. Das Volksempfinden könne nur beruhigt werden, wenn die kaiserliche Majestät die Bürde der höchsten Führung ihrem kleinen Sohn übergebe und Großfürst Michail die Regentschaft übertrage. Der Zar erwiderte, er habe zugunsten seines Sohnes verzichten wollen, doch aufgrund von dessen Krankheit könne er sich nicht von ihm trennen. Eigenhändig änderte er das am Morgen ausgearbeitete Abdankungsmanifest zugunsten seines Bruders, des Großfürsten Michail und übergab es um 23:40 Uhr an Gutschkow. Die Deputierten baten, der Zar möge in die Urkunde den Zusatz über den Eid des neuen Zaren auf die Verfassung einfügen, was Nikolaus umgehend befolgte. Gleichzeitig unterzeichnete er Ukase über die Ernennung von Fürst Lwow zum Vorsitzenden des Ministerrates und von Großfürst Nikolai Nikolajewitsch zum neuen Oberbefehlshaber.

Um den Eindruck zu erwecken, dass die Unterschriften nicht unter dem Druck der angereisten Deputierten vollzogen wurden, erhielten auf Rat der

Deputierten die Abdankungsurkunde das Datum des 15. März, 15 Uhr und die Ukase das Datum des 15. März, 14 Uhr. Auf Drängen von Lwow, Kerenski und anderen Duma-Mitgliedern unterzeichnete der neue Zar Michail bereits am 3. März<sup>jul.</sup>/16. März<sup>greg.</sup> seine Abdankungsurkunde mit dem Aufruf, sich der Provisorischen Regierung unterzuordnen. Somit endete die 300-jährige Herrschaft der Romanow-Dynastie.

Am 8. März<sup>jul.</sup>/21. März<sup>greg.</sup> wurde Nikolaus II. in Haft genommen und nach Internierung in Zarskoje Selo mit seiner Familie nach Sibirien verbannt.<sup>[10][11][12]</sup> Schließlich kam es am 16./17. Juli 1918 zur Ermordung der Zarenfamilie.

## Regierungsbildung im neuen Staat

Das aus dem Rücktritt des Zaren und dem damit folgenden geschlossen Zurücktreten der Regierung entstandene Machtvakuum wurde von zwei Institutionen geschlossen. Dies war zum einen die Duma und der eben erst gebildete Petrograder Sowjet. Diese mussten sich sofort mit der Bildung einer Exekutive (Ausübende Gewalt) beschäftigen. Ein Kompromiss musste gefunden werden, welcher aber im Überschwang des Sieges vergleichsweise leicht fiel. Die Menschewiki ließen im Sowjet den *Duma-Liberalen* den Vortritt. Dieser Verzicht stand im Einklang mit ihrer orthodox-marxistischen Ideologie, die davon ausging, dass der feudalistischen Monarchie eine bürgerlich-kapitalistische Demokratie folgen würde und mithin dem liberalen Bürgertum das Feld gehören müsse. Hinzu kam aber wohl auch der Umstand, dass die liberalen Politiker um den hoch geschätzten langjährigen *Semstwo*-Führer, den Fürsten Georgi Lwow, und den unbestrittenen Kopf der Kadetten Pawel Miljukow, über parlamentarische Erfahrung, eine komplette Mannschaft aus den Reihen des Progressiven Blocks und ein Programm verfügten, wie allgemein dies auch immer sein mochte.

So waren es eher die Soldaten und besonders die radikalen Deputierten, die gewonnen werden mussten. Sie setzten ihr wichtigstes unmittelbares Anliegen durch, als sie dem Exekutivrat des Sowjets den berühmten *Befehl Nr.1* diktierten, der die Wahl von Regimentskomitees und die Unterstellung des Regiments unter die Sowjets sowie die Einrichtung von Soldatenräten in jeder militärischen Einheit verfügte. Der Befehl, dass alle Offiziere von den Truppenteilen gewählt werden sollten, war zwar geplant, wurde aber nach Kritik der Offiziere wieder zurückgezogen. Die Verhandlungsführer der Sowjets forderten in den Gesprächen mit dem Dumakomitee am 11. März als Konsequenzen aus diesem Dekret zwar auch die Wahl der Offiziere, ließen die Forderung aber mit Rücksicht auf die Kampfkraft der Armee im laufenden Krieg fallen. Die Folge dieses berüchtigten Befehles war, dass die ohnehin schon bestehende Verwirrung der Soldaten aufgrund der letztgenannten Vorfälle weiter anwuchs.

Somit stand einer Regierungsbildung nichts mehr im Wege. Am Nachmittag des 2. März verkündete Miljukow im Taurischen Palais, dem Sitz der Duma, die Einigung und stellte das neue Kabinett unter Georgi Lwow vor. Sowohl der Ort des Geschehens als auch das Personal dieser *Provisorischen Regierung* machten augenfällig, was sich vollzogen hatte: der Übergang von einer Autokratie, die sich ostentativ gegen weitere Beschränkungen als die ihr 1905 abgetrotzten wehrte (und diese, wo immer möglich, rückgängig zu machen suchte), zur Herrschaft des gesetzeskonform, wenn auch nicht demokratisch, gewählten und von den aufständischen Arbeitern und Soldaten akzeptierten Parlaments.

Noch wichtiger als der Kompromiss zwischen den neuen Machtzentren vor Ort aber war die stillschweigende Billigung derer, die gar nicht anwesend waren, nämlich der Generäle. Denn es liegt auf der Hand, dass die unabdingbare Voraussetzung für den revolutionären Regimewechsel – wie anderthalb Jahre später in der deutschen Novemberrevolution – in dessen Hinnahme durch die Armeeführung bestand. Dahinter aber verbarg sich keine Sympathie für Liberalismus und Demokratie, sondern einzig und allein die Sorge um die Verteidigungsfähigkeit und die Fortsetzung des Krieges. Letztlich sah sich der Generalstab in einem Loyalitätskonflikt zwischen Monarchie und Nation – und ließ die Monarchie zugunsten der Nation fallen. Die Schwäche der zaristischen Armee lag weniger in der Moral ihrer Soldaten und deren Ausrüstung als in ihrer inneren Zerrissenheit. Die Kluft zwischen den Soldaten, die aus Grundherren und ihren ehemaligen Leibeigenen bestand, war ein Abbild der Gesellschaft. Es wiederholten sich daher immer wieder Spannungen zwischen den beiden Lagern. Wenn man sich diese Zerrissenheit als Hintergrund nimmt, ist es nicht verwunderlich, dass sich ein solcher Klassenkampf negativ auswirkte. Klassenkampffarolen waren deshalb nicht zuletzt in den Reihen der Armee gezündet. Die Soldaten gaben somit, noch stärker als die Arbeiterschaft, im Laufe des Jahres 1917 den entscheidenden Rückhalt der Revolution. Vor allem an den Fronten verband sich mit den sozialen Gegensätzen die Friedensfrage Russlands.

Die neue Freiheit und Volkssouveränität regierten nur ein halbes Jahr, bis es vor den geplanten demokratischen Wahlen im Oktober zur Oktoberrevolution durch die „roten“ Bolschewiki kam. Die Liberalen, inzwischen stark westlich geprägt, mussten sich mit widrigen Realitäten abkämpfen. Es gelang ihnen vergleichsweise leicht, die Reste des aufgelösten *Ancien régimes* zu beseitigen und ihre neuen demokratischen Grundsätze in den ländlichen Gebieten zu festigen. Trotzdem scheiterten sie an der Aufgabe, die nötigen Änderungen zur Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Menschen durchzusetzen.

Die *Provisorische Regierung* vermochte weder die Versorgung der Menschen sicherzustellen noch die Wirtschaftskrise, zurückzuführen auf den Ersten Weltkrieg und die Inflation, zu beheben, noch Frieden zu schaffen. An diesen und mehreren wichtigen Aufgaben scheiterte das *Februarregime*. Nicht zuletzt

die Unfähigkeit des Zarenregimes, genügend Lebensmittel in die Städte zu transportieren, hatte dieses wie ein Kartenhaus einstürzen lassen. Entsprechend groß waren die Erwartungen an das *neue Regime*, und der Druck, vor allem diese Not zu lindern, sollte auch das große Problem der *Provisorischen Regierung* werden.

Die Liberalen vertrauten dabei ganz auf die Marktkräfte und lehnten es ab, die Inflation durch ein Staatsmonopol zu regeln. Dabei wären solche Preisregelungen besonders auf den Getreidehandel nötig gewesen, da die Getreidepreise durch die Inflation in die Höhe schossen und kaum noch von jemandem zu bezahlen waren. Der Sowjet, hinter dem die einfache Bevölkerung stand, zwang die Liberalen aber schnell zur Umkehr von den westeuropäischen Ideen einer von Marktkräften geführten Wirtschaft. Diese Umkehr sah nicht nur die Preisregelungen des Getreidehandels vor, sondern auch die staatliche Obhut der Saatflächen. Auch die Grundnahrungsmittel sicherzustellen fiel dem Regime ungemein schwer. Selbst diese dem russischen Volk bekannten Umkehrungen eines Planes sollten die Situation nicht ändern. Vielleicht hätten Zwangseintreibungen des Regimes unter den Bauern Abhilfe geschaffen, doch dies vertrug sich nun gar nicht mit der neuen Freiheit der Bevölkerung und war somit ausgeschlossen. So wurden die Prinzipien des neuen Regimes zum Hemmschuh beim Aufbau einer neuen Staatsform in einem Land, das sich noch im Krieg befand und eine schwere Wirtschaftskrise durchmachte.

## Folgen

Der Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat (als *Petrograder Sowjet* bekannt) wurde zum Sprachrohr der Aufstände. Er existierte nach dem Vorbild der Selbstorganisationen der proletarischen Bevölkerung des Jahres 1905. An der Spitze stand ein Exekutivkomitee aus mehrheitlich Menschewiki und Parteilosen. Ziel des Sowjets war die Herstellung der Ordnung und der Versorgung und die endgültige Beseitigung der Zarenherrschaft. Eine konstituierende Versammlung auf Basis allgemeiner Wahlen sollte über die Regierungsform entscheiden. Der Sowjet ernannte eine provisorische Kommission, um das Problem der schwierigen Lebensmittelversorgung der Hauptstadt zu lösen. Diese Kommission verhaftete am 13. März zum einen die zaristische Regierung, als diese gerade eine Sitzung im Parlament hatte, des Weiteren wurde die hohe Verwaltung des Zarenreiches und die Militärführung entlassen. Am Tag darauf erließ der Petrograder Sowjet den berühmten *Befehl Nr. 1*, dieser befahl allen Soldaten und Matrosen, sich in politischen Angelegenheiten dem Petrograder Sowjet unterzuordnen. Es sollten nur die Befehle befolgt werden, die nicht denen des Sowjets widersprachen.

Die Disziplin unter den Truppen sollte jedoch bewahrt werden, Auseinandersetzungen zwischen Soldatenräten und Offizieren sollten zur Beilegung an den Petrograder Sowjet verwiesen werden. Der *Befehl Nr. 1*

sicherte den Sowjets zwar die Loyalität der Truppen, brachte jedoch auch teilweise eine Disziplinlosigkeit mit sich, da noch keine Harmonie zwischen gewählten Komitees auf der einen Seite und der militärischen Hierarchie auf der anderen Seite bestand. Erst 1918 sollte Leo Trotzki eine in ihren Kommandostrukturen funktionierende Rote Armee aufbauen.

Der neue Außenminister Miljukow wollte den schon drei Jahre andauernden Krieg fortsetzen, um das Bündnis mit Frankreich und England aufrecht zu erhalten, des Weiteren wollte er das *patriotische Ziel* mit einem Sieg über die Mittelmächte erreichen. Demgegenüber sah sich der *Petrograder Sowjet* in der Pflicht, um ihren Rückhalt in der Bevölkerung zu festigen, die Soldaten zu gleichberechtigten Bürgern zu machen. Der unter Mithilfe des Deutschen Kaiserreiches aus dem Schweizer Exil zurückgekehrte Führer der Bolschewiki Lenin forderte durch seine viel beachteten Aprilthesen unter anderem die sofortigen Beendigung des Krieges. Versuche durch den Kriegsminister und späteren Vorsitzenden der *Provisorischen Regierung*, Alexander Kerenski, durch eine militärische Offensive gegen die Mittelmächte eine bessere Verhandlungsposition zu erreichen, scheiterten. Die Truppen der Mittelmächte konnten sogar signifikante territoriale Gewinne erzielen und dadurch die *Provisorische Regierung* bedrohen.

Für den jungen Staat, der sich durch die Februarrevolution in einem ersten Schritt des Zaren als Regenten entledigt hatte, stand noch eine Reihe dramatischer Entwicklungen bevor. Der Weltkrieg war noch nicht zu Ende, der Machtkampf zwischen Menschewiki und Bolschewiki sollte sich in der Oktoberrevolution entladen. Von Sowjetrussland und seiner Roten Armee gingen zwischen den Jahren 1918 und 1921 eine Restitution des ehemaligen Zarenreiches und des damaligen Vielvölkerreiches aus. Von den ehemaligen Gebieten, die zum Zarenreich gehörten, wurden das vom Zarenreich besetzte Polen, die Baltischen Staaten und Bessarabien unabhängig. Der darauf folgende Russische Bürgerkrieg dauerte bis 1920, endete mit einem Sieg der Bolschewiki und führte zur Konstituierung der UdSSR im Jahre 1922.<sup>[13]</sup>

## Siehe auch

- Geschichte Russlands
- *Otretschomsja ot starowo mira* (Hymne der Februarrevolution)

## Einzelnachweise

1. Janusz Piekalkiewicz: *Der Erste Weltkrieg*, 2004, S. 479
2. ↑ Manfred Hellmann (Hrsg.): *Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki*. Deutscher TB Verlag, München 1984, ISBN 3-423-02903-X.



3. Olga Barkowez/Fjodor Fedorow/Alexander Krylow: „*Geliebter Nicky*“. *Der letzte russische Zar Nikolaus II. und seine Familie*, 2002, S. 299
4. ↑ Manfred Hildermeier: *Russische Revolution*. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 2004, ISBN 3-596-15352-2.
5. Georg von Rauch: *Geschichte der Sowjetunion*. Stuttgart 1987.
6. Andreas Kappeler: *Russische Geschichte*. 1997.
7. Valentin Gitermann: *Die russische Revolution*, in: *Propyläen-Weltgeschichte*: Bd. 9, Halbband I: Das zwanzigste Jahrhundert, 1976, S. 136
8. Valentin Gitermann: *Die russische Revolution*, in: *Propyläen-Weltgeschichte*: Bd. 9, Halbband I: Das zwanzigste Jahrhundert, 1976, S. 136
9. Olga Barkowez/Fjodor Fedorow/Alexander Krylow: „*Geliebter Nicky*“. *Der letzte russische Zar Nikolaus II. und seine Familie*, 2002, S. 329
10. Alexander Jakowlew: *A Century of Violence in Soviet Russia*, Yale University Press, New Haven/London (*Ein Jahrhundert der Gewalt in Sowjetrußland*. Berlin Verlag 2004, ISBN 3-8270-0547-7).
11. Leo Trotzki: *Diaries and Letters*. New York 1986.
12. Edith M. Almedingen: *Die Romanows. Die Geschichte einer Dynastie. Russland 1613–1917*. Universitas, München 1991, ISBN 3-8004-1250-0.
13. Roland Götz/Uwe Halbach: *Politisches Lexikon GUS*. 3. Aufl. 1995.

## Literatur

- Arthur Lehning: *Anarchismus und Marxismus in der russischen Revolution*. Karin Kramer Verlag, Berlin 1971.
- Alexander Berkman: *The Sickle under the Hammer. The Russian Socialist Revolutionaries in the Early Months of Soviet Rule*. New York 1963.
- Alexander Berkman: *The Russian Revolution, 1917*. New York 2000.
- R. Lorenz (Hrsg.): *Die Russische Revolution 1917. Der Aufstand der Arbeiter, Bauern und Soldaten*. München 1981.
- Juri Buranow, Wladimir Chrustaljow: *Die Zarenmörder. Vernichtung einer Dynastie*. Aufbau, Berlin 1999, ISBN 3-7466-8011-5.
- S.A. Smith: *Red Petrograd: Revolution in the Factories, 1917–1918*. Cambridge 1983.
- R. Sities: *Revolutionary Dreams. Utopian Vision and Experimental Life in the Russian Revolution*. New York 1989.
- Olga Barkowez / Fjodor Fedorow / Alexander Krylow: „*Geliebter Nicky...*“. *Der letzte russische Zar Nikolaus II. und seine Familie*, edition q in der Quintessenz Verlags-GmbH Berlin, 2002, ISBN 3-86124-548-5
- Valentin Gitermann: *Die russische Revolution*, in: *Propyläen-Weltgeschichte: Das zwanzigste Jahrhundert*, Halbbd 1 (Propyläen-Weltgeschichte Bd. 9), Ullstein Buch Nr. 4737, Frankfurt am Main/Berlin

1976, ISBN 3-548-04737-8

## Weblinks

- Sozialismus von unten ([http://www.sozialismus-von-unten.de/archiv/1997svu8/russland\\_februar.htm](http://www.sozialismus-von-unten.de/archiv/1997svu8/russland_februar.htm)) (Archiv)
- *Februarrevolution 1917* (<http://www.kosaken.de/geschichte/februarrevolution.html>) (Kosaken.de über die Geschichte der Revolution)
- *Februarrevolution 1917 - das Ende des Zarismus* (<http://www.cornelsen.de/teachweb/1.c.130879.de?parentID=1.c.162538.de&anker=1&skip=0&klasse=&anz=>) (Arbeitsblatt von Cornelsen)
- Basiswissen Sowjetunion 1917–1991 ([http://www.wcurrlin.de/links/basiswissen/basiswissen\\_sowjetunion\\_1917\\_91.htm](http://www.wcurrlin.de/links/basiswissen/basiswissen_sowjetunion_1917_91.htm))
- *Zur russischen Revolution* (<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1918/russrev/index.htm>) von Rosa Luxemburg

## Interaktiv

- Virtuelle Tour durch das zaristische Russland unter Nikolaus II. ([http://www.activehistory.co.uk/Miscellaneous/free\\_stuff/yr12\\_russia/frameset.htm](http://www.activehistory.co.uk/Miscellaneous/free_stuff/yr12_russia/frameset.htm)) (engl.)
- Flash-Animation von BBC (<http://www.bbc.co.uk/scotland/education/bitesize/standard/shockwave/history/revolution.swf>) (engl.)

**Normdaten:** SWD in der DNB: 4153812-2 (<http://d-nb.info/gnd/4153812-2>)

Von „[http://de.wikipedia.org/wiki/Februarrevolution\\_1917](http://de.wikipedia.org/wiki/Februarrevolution_1917)“

Kategorien: Russische Revolution 1917 | Russische Geschichte

---

- Diese Seite wurde zuletzt am 13. Dezember 2010 um 20:02 Uhr geändert.
- Der Text ist unter der Lizenz „Creative Commons Attribution/Share Alike“ verfügbar; zusätzliche Bedingungen können anwendbar sein. Einzelheiten sind in den Nutzungsbedingungen beschrieben.  
Wikipedia® ist eine eingetragene Marke der Wikimedia Foundation Inc.
- Datenschutz
- Über Wikipedia
- Impressum

---

# **Dekret des 2. Allrußländischen Sowjetkongresses über den Grund und Boden, 26. Oktober (8. November) 1917**

---

## **Zusammenfassung**

Das "Dekret Über den Grund und Boden" war das erste Gesetz der Sowjetmacht. Es wurde unmittelbar nach der Oktoberrevolution verkündet. Einzigartig war dabei der populäre Ursprung. Es machte die von den Bauern selbst formulierten Forderungen zur Sozialisierung des Bodens unmittelbar zum Gesetz, indem es den "bäuerlichen Wählerauftrag" wörtlich übernahm, den das Exekutivkomitee des Allrußländischen Sowjets der Bauerndeputierten im August 1917 aus lokalen Resolutionen der Bauern verfaßt hatte. Damit belegt das Dekret anschaulich das Geschick der Bolschewiki, sich durch Anpassungsbereitschaft an Stimmungen der Bevölkerung nach der Oktoberrevolution im Lande durchzusetzen. Zugleich markiert es mit der Ablehnung des Privateigentums an Grund und Boden eine bis heute fortbestehende Besonderheit in der Einstellung der russischen Bevölkerung.

## **Einführung**

Das Dekret "Über den Grund und Boden" stand im Einklang mit dem Agrarprogramm der Sozialrevolutionäre, bedeutete aber einen radikalen Schwenk in den Losungen der Bolschewiki, weil es nicht nur die entschädigungslose Enteignung des Gutsbesitzes sowie der Ländereien von Klöstern und Kirchen sanktionierte, sondern zugleich die Aufteilung des enteigneten Bodens unter den Bauern vorsah. Noch im Agrarprogramm vom Frühjahr 1917 hatte Lenin die Überführung des Gutsbesitzes in staatliche Mustergroßbetriebe gefordert und die Aufteilung des Bodens als bürgerlich abgelehnt. Jedes Privateigentum an Boden, Bodenschätzen, Gewässern, Wäldern und Naturkräften wurde nun für immer aufgehoben. Der Boden sollte weder verkauft noch gekauft, verpachtet, verpfändet oder in irgendeiner Weise veräußert werden dürfen.

Das Dekret sanktionierte die von den Bauern eigenmächtig begonnenen und zuvor rechtswidrigen Handlungen. Die Februarrevolution 1917 hatte auch die Bauern aufgerüttelt. Sie weckte ihre Erwartungen auf eine baldige Erfüllung ihrer beharrlich vorgebrachten Forderungen nach Land und Freiheit und einer "schwarzen Umverteilung" des Gutslandes. Als sich zeigte, daß die Provisorische Regierung über die Prinzipien der Agrarreform keine Einigkeit erzielen konnte und die Lösung der Agrarfrage hinausschob, begannen die Bauern im Frühjahr zunächst vereinzelt, später immer verbreiteter ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. So eigneten sie sich brachliegendes Gutsland an. Es kam zu Zerstörungen von Gebäuden und Raub von Eigentum. Mancherorts bemächtigten sich die Bauern des Bodens der Adligen, vertrieben diese von ihrem Besitz und brannten die Herrenhäuser nieder. Ein entschiedener Versuch, die Revolution auf dem Lande unter Kontrolle zu bringen, unterblieb. So folgten dem Dekret nicht umgehend Ausführungsbestimmungen. Die schließlich getroffenen Regelungen blieben vage. Die im Dekret für die Durchführung der Enteignung als zuständig benannten Organe, die Volost'-Bodenkomitees, bestanden in den meisten Gebieten noch gar nicht. Statt alle Gutsländereien in ihre Verfügung zu bringen und dabei den gutsherrlichen Besitz

zu registrieren und unter Wahrung der Ordnung zu schützen, wurden die Komitees zumeist erst nach der Enteignung des Privatlandes gebildet. Für die Unterlassung der Lenkung gab es Gründe. Das Dekret selbst war bei den Bolschewiki umstritten, eine Einigung mit dem Koalitionspartner, den Linken Sozialrevolutionären (LSR), über die konkreten Prinzipien der Bodenaufteilung erschien unmöglich. Den LSR schwebte eine "ausgleichende Landnutzung" auf Basis von Verbrauchs- und Arbeitsnormen vor. Die Aufteilungen sollten sich nach dem Subsistenzprinzip richten. Die Bolschewiki waren dagegen überzeugt, daß die bäuerliche Kleinproduktion permanent den Kapitalismus reproduziere, und lehnten deshalb diese Form der Landnutzung aus ideologischen Gründen ab. Selbst eine zeitweilige Aufteilung des Bodens galt ihnen als rückwärtsgewandte Maßnahme. Die Bolschewiki blockierten deshalb geradezu eine Klärung der komplizierten und strittigen Detailfragen, und nahmen in Kauf, daß dadurch die Bauern weitgehend autonom handeln konnten. Trotz aller theoretischer Bedenken war die "schwarze Umverteilung" für sie politisch opportun, weil sie Adel, Kirche und wohlhabendere Bauern schwächte und damit zugleich die ökonomische Basis für die Gegner der neuen Regierung zerstörte.

Die Regelungen des Dekrets verstanden sich bis zu einem Beschluß der Konstituierenden Versammlung (Konstituante) als vorläufig. Sie schränkten dennoch die freie Entscheidung der Konstituante ein, weil diese kaum hinter den geschaffenen Fakten zurückbleiben konnte. Die Bauern waren angesichts der Sanktionierung ihres Tuns durch das Dekret vor allem daran interessiert, vollendete Tatsachen zu schaffen und durch die Zerstörung des Gutshofs die Rückkehr des Gutsherren unmöglich zu machen. Den neu erhaltenen Boden bestellten sie zunächst nur zögerlich und erste Umverteilungen beschränkten sich häufig auf das zugewonnene Land. Gerade weil in den Dörfern Unsicherheit über die Dauerhaftigkeit der Regelungen herrschte, trat das paradoxe Ergebnis ein, daß die Bauern in den Bolschewiki die Garanten der Bodenaufteilung erblickten, so daß sie ihnen im Bürgerkrieg im Konflikt mit den Weißen – trotz aller gravierenden Meinungsverschiedenheiten – die Unterstützung nicht versagten.

Die Agrarrevolution war in der Praxis eine Angelegenheit auf der Ebene der Dörfer, bestenfalls der Amtsbezirke, die vor allem die Rechtsansichten der lokalen Bauernschaft spiegelte. Die Bauern betrachteten ihr Handeln durch die formale Übereinstimmung mit der Regierung für legitimiert und strebten keine überregionale Interessenvertretung an. Die gedankliche Urheberchaft der Sozialrevolutionäre an dem Dekret war unter diesen Umständen weitgehend belanglos. Ihr Programm berücksichtigte viele bäuerliche Anschauungen, die weitergehenden ideologischen Festlegungen waren den Bauern jedoch fremd. Die Agrarrevolution entzieht sich deshalb einer einfachen generalisierenden Beschreibung. Regional ergibt sich ein erstaunlich uneinheitliches Bild sowohl hinsichtlich der Enteignungen als auch hinsichtlich von Umfang und Prinzipien der Neuverteilung des Bodens. Dabei ist von West nach Ost ein Gefälle hinsichtlich der Akzeptanz fortschrittlicherer Formen der Bodennutzung durch die Separation von Betrieben aus der Gemeinde festzustellen. Gemeinsam war dem Handeln der Bauern in der Regel die Ausrichtung gegen den Gutsbesitz und das Bestreben, die Ergebnisse der Stolypinschen Agrarreform in Bezug auf die Verleihung von Bodeneigentum rückgängig zu machen. Vielerorts schloß die entschädigungslose Enteignung auch Land in bäuerlichem Privatbesitz ein. Betroffen waren Bauern, die zuvor gegen den Willen der Gemeinde ihren Boden in konsolidierter Form als otrub vom Gemeindeland abgetrennt hatten. Nur in den westlichen Landesteilen blieben zum Teil die durch Aussiedlung gebildeten Einzelhöfe erhalten. Nachdem anfangs häufig nur die enteigneten Flächen aufgeteilt worden waren, kam es nachfolgend zu weiteren Umverteilungen, die zunehmend das

gesamte Gemeindeland einbezogen und auch Rückkehrern aus den Städten Boden zuwiesen. Dabei kamen unterschiedliche Verteilungskriterien zur Anwendung. Während Gutsland sofort enteignet wurde, blieben die Ländereien der Klöster häufig zunächst verschont und wurden vielfach erst auf Druck der Behörden 1919 und 1920 enteignet. Nur wenige Güter blieben entsprechend den Vorstellungen der Bolschewiki von der Aufteilung verschont. Im Ergebnis wurde im Verlauf der Agrarrevolution die mit der Stolypinschen Agrarreform begonnene Übergabe des Bodens in das Privateigentum der Bauern rückgängig gemacht. Fast der gesamte Boden fiel wieder an die Bodenumverteilungsgemeinden.

Bis heute ist unklar, wieviel Land die Bauern durch die Konfiskation der privaten Ländereien dazugewannen. Die von den Bauern als Anteilland genutzte landwirtschaftliche Nutzfläche (Acker, Gartenland, Wiesen und Weiden) betrug 1917 240 Mio. ha, 1927 315 Mio. ha. Der hier ausgewiesene Zugewinn um 75 Mio. ha oder 30 % übertreibt den tatsächlichen Landgewinn allerdings, weil hier auch die Fläche mitgerechnet ist, die zuvor als Privateigentum in den Händen der Bauern war. Weiter ist zu berücksichtigen, daß die Bauern schon zuvor etwa die Hälfte des Gutslandes in Form von Landpacht genutzt hatten. Einen besseren Anhaltspunkt für den Zugewinn der Bauern vermitteln die Zahlen der landwirtschaftlichen Erhebung von 1916. Zu diesem Zeitpunkt verfügten die Güter auf dem späteren Territorium der Sowjetunion lediglich über 4 % der Pferde und bestellten 8,2 % der Ackerfläche. Diese Zahlen untertreiben den Anteil der Güter in der Vorkriegszeit etwas, da die Gutsbetriebe unter dem kriegsbedingten Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande am schärfsten litten. Der wirkliche Zugewinn dürfte deshalb kaum mehr als 10 % des vor der Revolution von den Bauern genutzten Landes betragen haben.

Von der Aufteilung des Gutslandes profitierte also nur ein Teil der Bauern. Dort, wo es zuvor praktisch keine Güter gegeben hatte – in Nordrußland, im Ural und in den asiatischen Landesteilen –, gewannen die Bauern auch keinen Boden dazu. Nur in der Ukraine (einschl. der Krim), Weißrußland und im Zentralen Schwarzerdegebiet war der Zugewinn etwas bedeutender. Auch hier verzeichneten in der Regel nur die Gemeinden, die an Gutsland angrenzten, einen Zuwachs an Boden, weil ein Landausgleich zwischen den Gemeinden praktisch nicht stattfand. Ein erheblicher Teil der russischen Bauern, vermutlich die Mehrheit, ging also bei der Agrarrevolution leer aus. In den überbevölkerten zentralen Gebieten stillte der Bodentransfer den "Landhunger" der Bauern keineswegs. Durch das Zurückfluten der Bevölkerung aus den großen Städten und verbreitete Abtrennungen aus dem väterlichen Haushalt verringerte sich bei den zunächst häufigen Bodenumverteilungen die durchschnittliche Fläche je Haushalt sogar. Die vielbeschworene Nivellierung der Betriebe bezog sich allerdings nur auf den Boden, nicht aber auf die Verteilung der Produktionsmittel, die somit noch stärker als vor 1917 zur Grundlage der sozialen Differenzierung wurde. Über Land verfügte nach der Agrarrevolution praktisch jeder dörfliche Haushalt. Dagegen war etwa ein Drittel der Betriebe darauf angewiesen, Inventar von anderen Bauern zu mieten, weil ihnen selbst die elementarsten Produktionsmittel wie Pferd und Pflug zur Bestellung des Bodens fehlten.

Auf der unterschiedlichen Beurteilung der Ergebnisse der Agrarrevolution basierten Mißverständnisse zwischen Bauern und Bolschewiki. Die Bauern sahen sich – nicht ganz unberechtigt – als eigentliche Akteure der Agrarrevolution. Mit dem Land der Gutsbesitzer nahmen sie sich nur, was ihnen nach ihrem eigenen Rechtsbewußtsein schon immer zustand. Dafür fühlten sie sich niemandem zu Dank verpflichtet. Die Kommunisten beanspruchten dagegen für sich, den Bauern den Boden gegeben und damit deren soziale Lage wesentlich verbessert zu haben, und verlangten dafür Gegenleistungen.

Die Agrarrevolution verschärfte mit dem Verzicht auf regulierendes Eingreifen die Abkapselung des Dorfes von dem Rest der Gesellschaft. Politisch wertete das die bäuerliche Selbstverwaltung im Rahmen der Gemeinden auf, die mit der Stolypinischen Agrarreform abgeschafft werden sollte. Ökonomisch gefährdete die Ausrichtung auf bäuerliche Subsistenzwirtschaften mit der nivellierenden Verteilung des Bodens akut die Erzeugung von Überschüssen für den Markt. Channon betont, daß damit die Duldung der Bodenaufteilung im lokalen Rahmen unmittelbar in den künftigen, gewaltsame Formen annehmenden Konflikt mit den Bauern um den Erhalt von Getreide zur Versorgung des Landes und der Armee führte, der schließlich in den Bauernaufständen kulminierte. Lenins Politik war also keineswegs konsistent. Das Entgegenkommen in der Bodenfrage gefährdete die Lebensmittelversorgung. Den Widerspruch, daß die Bodenaufteilung die wohlhabenderen Bauern schwächte, von denen man anschließend wieder Marktüberschüsse verlangte, lösen die Bolschewiki in der Praxis nicht auf.

In längerfristiger Perspektive ist festzuhalten, daß das Dekret "Über den Grund und Boden" die sozialistische Agrarpolitik mit einem gravierenden Widerspruch belastete und sie dem Vorwurf aussetzte, die Bevölkerung mit den ersten Maßnahmen bewußt über die eigentlichen Zielsetzungen zu täuschen. Warum schrieb eine Partei, die den Zusammenschluß der Bauern zu Agrargroßbetrieben auf kollektiver Grundlage anstrebte, eine Bodenreform mit der Landvergabe an landlose Bauern auf ihre Fahnen? Obwohl die weitere Entwicklung in der Sowjetunion zeigte, daß anschließend der Zusammenschluß der Bauern zu Kollektiven nur mit Zwang vollzogen werden konnte, wurde der faktische Ablauf in der Sowjetunion in drei Stufen (Bodenreform, Anfachen des "Klassenkampfes", Kollektivierung) dogmatisiert und zum Muster der richtigen Agrarpolitik in der sozialistischen Revolution erklärt. In allen osteuropäischen Staaten versuchten die Kommunisten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Bevölkerung und insbesondere die Bauernschaft auf ihre Seite zu ziehen, indem sie eine umfangreiche Bodenreform mit nivellierender Wirkung (Landzuteilung an Flüchtlinge und Neubauern, Landaufstockung für Landarbeiter und landarme Bauern) durchsetzten. Wie nach 1917 entstanden dabei bäuerliche Subsistenzwirtschaften, denen häufig hinreichende Produktionsmittel zur Feldbestellung fehlten. Die Zerschlagung marktfähiger Betriebe wirkte sich in der Folge negativ auf die Marktleistung der Bauern aus und verschärfte die Versorgungsschwierigkeiten. Auch hier widersetzten sich die Bauern der anschließenden so dass wiederum Zwang zum Einsatz kam.

Die Interessenlage der Bauern prägte die Einstellung der russischen Bevölkerung nachhaltig. Ihnen war 1917 das Bestreiten des Eigentumsrechts für den Adel wichtiger als die Erlangung eines Eigentumsrechts für sich selbst. Der Sozialisierung des Bodens widersetzten sich selbst die bäuerlichen Bodeneigentümer nicht nennenswert, obwohl sie einen erheblichen Teil des Bodens mit dem Eigentumstitel in ihren Händen hielten. In der Folgezeit blieb der Begriff des Privateigentums in der Sowjetunion negativ besetzt und wurde mit allen Schattenseiten des Kapitalismus in Verbindung gebracht. Obwohl seit Anfang der 1990er Jahre mehrere Gesetze Privateigentum an Grund und Boden vorsehen (u.a. Gesetz über die Bauernwirtschaften von 1990, Zivilgesetzbuch von 1994), sind ihre diesbezüglichen Paragraphen bis heute nicht in Kraft. Selbst die auf den städtischen Boden beschränkte Verleihung des Eigentumsrechts führte 2001 zu Tumulten in der Duma. Meinungsumfragen belegen, daß eine sogar wieder anwachsende Mehrheit der russischen Bevölkerung privates Eigentum an landwirtschaftlichen Grund und Boden ablehnt. Damit ist eine Voraussetzung für die notwendige Modernisierung der russischen Landwirtschaft, nämlich den Boden beleihen zu können, noch immer nicht

gegeben.  
Stephan Merl

## **Quellen- und Literaturhinweise**

- Altrichter, H., Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst, Paderborn 1997.
- Atkinson, D., The End of the Russian Land Commune. 1905-1930, Stanford 1983.
- Bonwetsch, B., Die Russische Revolution 1917. Eine Sozialgeschichte von der Bauernbefreiung 1861 bis zum Oktoberumsturz, Darmstadt 1991.
- Channon, J., "The Bolsheviks and the peasantry: The land question during the first eight months of Soviet rule", in: SEER, 66 (1988), S. 593-624.
- Figes, O., Peasant Russia, Civil War. The Volga Countryside in the Revolution (1917-1921), Oxford 1989.
- Merl, St., "Einstellungen zum Privateigentum in Rußland und in der Sowjetunion", in: Siegrist, H., Sugarman, D. (Hrsg.), Eigentum im internationalen Vergleich, Göttingen 1999, S. 135-160.
- Merl, St. (Hg.), Sowjetmacht und Bauern. Dokumente zur Agrarpolitik und zur Entwicklung der Landwirtschaft während des "Kriegskommunismus" und der Neuen ökonomischen Politik, Berlin 1993.
- Read, Ch., From Tsar to Soviets. The Russia People and their Revolution. 1917-1921, London 1996.
- Shanin, Th., The Awkward Class. Political Sociology of Peasantry in a developing society. Russia 1910-1925, Oxford 1972.
- Wädekin, K.-E., Sozialistische Agrarpolitik in Osteuropa. I. Von Marx bis zur Vollkollektivierung, Berlin 1974.

## **Gesetz über Grund und Boden des Sowjetkongresses der Arbeiter- und Bauerndeputierten. (Angenommen in der Sitzung vom 26. Oktober um 2 Uhr nachts).**

1. Das Eigentum der Gutsbesitzer an Grund und Boden wird unverzüglich ohne Entschädigungszahlungen aufgehoben. 2. Die Güter der Gutsbesitzer sowie alle Domänen-, Kloster- und Kirchenländereien mit ihrem gesamten lebenden und toten Inventar, ihren Wirtschaftsgebäuden und allem Zubehör gehen bis zur Konstituierenden Versammlung in die Zuständigkeit der Volost'-Bodenkomitees sowie der Uezdsowjets der Bauerndeputierten über. 3. Jegliche Beschädigung des konfiszierten Besitzes, der von nun an dem ganzen Volk gehört, wird als schweres Verbrechen betrachtet und vom Revolutionsgericht geahndet. Die Uezdsowjets der Bauerndeputierten ergreifen alle notwendigen Maßnahmen zur Wahrung der strengsten Ordnung bei der Konfiskation der Güter der Gutsbesitzer, zur Festlegung, welche Grundstücke und Grundstücke welchen Umfangs der Konfiskation unterliegen, zur Aufstellung eines genauen Verzeichnisses des gesamten der Konfiskation unterliegenden Besitzes und zum strengsten revolutionären Schutz aller in das Eigentum des Volkes übergehenden Wirtschaften mit allen Gebäuden, Geräten, Vieh, Vorräten an Produkten usw. 4. Als Richtschnur für die Durchführung der großen Bodenreform muß überall bis zu deren endgültiger Entscheidung durch die Konstituierende Versammlung folgender bäuerlicher Wählerauftrag dienen, der auf der Basis von 242 örtlichen Wähleraufträgen der Bauern von der Redaktion der "Izvestija Vserossijskogo Soveta Krest'janskich Deputatov" zusammengestellt und in Nummer 88 dieser "Izvestija" (Petrograd, Nr. 88, 19. August 1917) veröffentlicht wurde.

*Über Grund und Boden.*

Die Bodenfrage kann in ihrem gesamten Umfang nur durch die Konstituierende Versammlung des gesamten Volkes gelöst werden.

Die gerechteste Lösung der Bodenfrage wäre die folgende:

1. Das Recht auf Privateigentum an Grund und Boden wird für immer aufgehoben, der Boden darf weder verkauft noch gekauft, verpachtet, verpfändet oder auf irgendeine andere Weise veräußert werden. Der gesamte Boden: die Staats-, Domänen-, Kabinetts-, Kloster-, Kirchen-, Possessions-, Majorats- und Privatländereien, das Gemeinde- und Bauernland usw. wird entschädigungslos enteignet, zum Gemeineigentum des Volkes erklärt und zur Nutzung all denen übergeben, die ihn bearbeiten. Den durch die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse Geschädigten wird lediglich das Recht auf öffentliche Unterstützung für die Zeit zuerkannt, die zur Anpassung an die neuen Lebensbedingungen notwendig ist.
2. Alle Bodenschätze: Erze, Erdöl, Kohle, Salz usw., ebenso Wälder und Gewässer, die eine gesamtstaatliche Bedeutung haben, gehen in die ausschließliche Nutzung des Staates über. Alle kleinen Flüsse, Seen, Wälder usw. gehen in die Nutzung der Gemeinden unter der Bedingung über, dass sie den örtlichen Organen der Selbstverwaltung unterstellt werden.
3. Ländereien mit hochentwickelter Kulturwirtschaft: Gärten, Plantagen, Pflanz- und Baumschulen, Gewächshäuser usw., unterliegen nicht der Aufteilung, sondern werden in Musterwirtschaften umgewandelt und je nach ihrem Umfang und ihrer Bedeutung dem Staat oder den Gemeinden zur ausschließlichen Nutzung übergeben. Das städtische und dörfliche Hofland mit Haus- und Gemüsegärten bleibt in der Nutzung der jetzigen Besitzer, wobei der Umfang dieser Grundstücke und die Höhe der Steuern für deren Nutzung gesetzlich geregelt werden.
4. Gestüte, staatliche und private Vieh- und Geflügelzüchtereien usw. werden konfisziert, zum Gemeineigentum des Volkes erklärt und gehen, je nach ihrer Größe und Bedeutung, in die ausschließliche Nutzung des Staates oder der Gemeinden über. Die Frage einer Entschädigung unterliegt einer Prüfung durch die Konstituierende Versammlung.
5. Das gesamte lebende und tote Wirtschaftsinventar der konfiszierten Ländereien geht je nach ihrer Größe und Bedeutung ohne Entschädigung in die ausschließliche Nutzung des Staates oder der Dorfgemeinden über. Die Konfiskation des Inventars betrifft nicht Bauern mit geringem Landbesitz.
6. Das Recht der Bodennutzung erhalten alle Bürger des russischen Staates (ohne Unterschied des Geschlechts), die den Boden selbst bearbeiten wollen, mit Hilfe ihrer Familie oder genossenschaftlich, und zwar nur so lange, wie sie imstande sind, ihn zu bearbeiten. Lohnarbeit ist nicht zulässig. Bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit eines Mitglieds der Dorfgemeinde bis zu zwei Jahren verpflichtet sich die Dorfgemeinde, ihm für diese Zeit bis zur Wiederherstellung seiner Arbeitsfähigkeit auf dem Wege gemeinschaftlicher Bodenbearbeitung Hilfe zu leisten. Ackerbautreibende, die infolge von Alter oder Invalidität die Möglichkeit verloren haben, selbst den Boden zu bearbeiten, verlieren das Recht auf seine Nutzung, doch erhalten sie statt dessen vom Staat eine Rente.
7. Die Bodennutzung muß ausgleichend sein, d.h. der Boden wird unter den Werktätigen je nach den örtlichen Bedingungen nach der Arbeits- oder Verbrauchsnorm aufgeteilt. Die Formen der Bodennutzung müssen völlig frei sein: Einzelwirtschaften, Einzelhöfe, Dorfgemeinde und Artel, je nach Entscheidung der einzelnen Dörfer und Siedlungen.
8. Der gesamte Boden geht nach seiner Enteignung in einen Bodenfonds über, der Eigentum des ganzen Volkes ist. Die Verteilung des Bodens unter die Werktätigen wird von den örtlichen und zentralen Selbstverwaltungsorganen geleitet, d.h. von den demokratisch organisierten, ständelosen dörflichen und städtischen Gemeinden bis hin zu den zentralen Gebietsbehörden. Der Bodenfonds wird periodisch neu aufgeteilt, in Abhängigkeit



vom Bevölkerungswachstum sowie der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität und der Bodenkultur. Bei einer Änderung der Grenzen der Anteile muß der ursprüngliche Kern des Anteils unangetastet bleiben. Der Boden ausscheidender Mitglieder fällt an den Bodenfonds zurück, wobei die nächsten Verwandten der ausscheidenden Mitglieder und die von ihnen bezeichneten Personen das Vorzugsrecht auf Zuweisung dieser Anteile erhalten. Die für die Düngung und Melioration (grundlegende Verbesserungen) des Bodens aufgewandten Kosten müssen bei Rückgabe des Anteils an den Bodenfonds erstattet werden, soweit sie nicht ausgenutzt worden sind. Wenn sich in einzelnen Orten der vorhandene Bodenfonds für eine Zufriedenstellung der gesamten örtlichen Bevölkerung als nicht ausreichend erweist, ist der Bevölkerungsüberschuß umzusiedeln. Die Organisation der Umsiedlung wie auch die Kosten für die Umsiedlung und die Versorgung mit Inventar usw. hat der Staat zu übernehmen. Die Umsiedlung vollzieht sich in folgender Reihenfolge: zunächst die landlosen Bauern, die eine Umsiedlung wünschen; sodann die Mitglieder der Dorfgemeinde mit schlechtem Leumund, Deserteure und andere; und schließlich nach Entscheidung durch das Los oder nach Übereinkunft.

Der gesamte Inhalt dieses Wählerauftrags muß uneingeschränkt als Willen der überwältigenden Mehrheit der politisch denkenden Bürger ganz Rußlands angesehen und zum provisorischen Gesetz erklärt werden, das bis zum Zusammentritt der Konstituierenden Versammlung angewandt wird, nach Möglichkeit unverzüglich, in wichtigen Teilen aber – und notwendigerweise – allmählich, was im einzelnen von den Uezdsowjets der Bauerndeputierten festzulegen ist.

Der Boden der einfachen Bauern und einfachen Kosaken unterliegt nicht der Konfiskation.

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Vladimir Ul'janov (Lenin)

26. Oktober 1917

Übersetzung von St. Merl.

## **Faksimile**

Die 2 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Hier nach: GCMSIR, f. listovok, GIK Nr. 315/101a. Flugblatt.

© Gosudarstvennyj central'nyj muzej sovremennoj istorii Rossii (GCMSIR). Moskau.

---

Quelle: [http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok\\_0006\\_bod.pdf](http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0006_bod.pdf)

Datum: 09. Januar 2011 um 14:03:11 Uhr CET.

© BSB München

---

# Bauernaufstand von Tambow

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Der **Bauernaufstand von Tambow** (russ. Тамбовское восстание/Tambowskoje Wosstanije/*Tambower Aufstand*) war ein bewaffneter Aufstand von Bauern mit dem Zentrum im Gouvernement Tambow. Er richtete sich gegen die Regierung der Bolschewiki. Er begann im August 1920 mit dem Widerstand gegen die Zwangseinziehung von Getreide und entwickelte sich zu einem Guerillakrieg gegen die Rote Armee, Einheiten der Tscheka und die sowjetischen Behörden. Schätzungen zufolge wurden im Verlauf der Niederschlagung des Aufstandes rund 100.000 Menschen inhaftiert und rund 15.000 erschossen. Die Rote Armee setzte beim Kampf gegen die Bauern auch chemische Waffen ein.<sup>[1]</sup> Der Großteil der Bauernarmee wurde im Sommer 1921 zerschlagen, kleinere Gruppen hielten sich noch bis in das folgende Jahr.



## Inhaltsverzeichnis

- 1 Vorgeschichte
- 2 Ausbruch des Aufstandes
- 3 Niederschlagung des Aufstands
- 4 Folgen
- 5 Literarische Verarbeitungen
- 6 Einzelnachweise
- 7 Literatur
  - 7.1 Wissenschaftliche Darstellungen
  - 7.2 Literarische Werke
- 8 Weblinks

## Vorgeschichte

Die sowjetische Regierung war im Russischen Bürgerkrieg zum Kriegskommunismus übergegangen. Lebensmittel für den Bedarf der Städte wurden durch Zwangsrequirierungen aus den Dörfern ohne finanzielle Gegenleistung beschafft. Dies stieß auf den Widerstand der bäuerlichen Bevölkerung, insbesondere, da die Requirierungen oft gewaltsam durchgeführt wurden und mit Plünderungen durch die Beschaffungskommandos einhergingen. Ebenso wurde die Menge des zu requirierenden Getreides nicht nach der tatsächlichen Produktion bemessen. Kommissionen gaben anhand der Vorkriegsproduktion einen groben Schätzwert, sodass Zerstörungen, Missernten und Bevölkerungsschwund nicht eingerechnet wurden.<sup>[2]</sup> Die Bauern reagierten oft mit einer Verkleinerung ihrer Anbauflächen, da ihnen kein ökonomischer Anreiz mehr gegeben war, Überschüsse zu produzieren. Dies machte die von oben befohlenen Ablieferungsmengen noch utopischer.<sup>[3]</sup> Anders als in den Städten hatten die Bolschewiki in den ländlichen Regionen kaum Anhänger, wo bei den verschiedenen Wahlen des Jahres 1917 stets die Partei der Sozialrevolutionäre breite Mehrheiten errungen hatten. Der bolschewistischen Ideologie begegneten die Bauern größtenteils mit Indifferenz.<sup>[2]</sup> Der sowjetische Politiker Wladimir Antonow-Owsejenko, später selbst mit der Niederschlagung des Aufstandes befasst, charakterisierte die Bauern folgendermaßen:<sup>[4]</sup>

„(Sie) haben sich daran gewöhnt, die Sowjetregierung als etwas Fremdes zu betrachten, etwas, das nichts anderes tut, als Befehle zu geben, das mit großem Eifer, aber wenig wirtschaftlichem Verstand verwaltet.“

Die Requirierungspolitik wurde auch im Gouvernement Tambow durchgeführt, einer relativ wohlhabenden, agrarisch geprägten Region 350 Kilometer südöstlich von Moskau. Die Bauern des Gouvernements hatten die Oktoberrevolution zu großen Teilen unterstützt, da Lenins Dekret über Grund und Boden die Enteignung des Gutsbesitzerlandes legalisierte. Trotzdem hatten die Bolschewiki im Lauf der folgenden Jahre Probleme, die Kontrolle über das Gouvernement zu halten. Im März 1918 wurden ihre Delegierten anlässlich des Abschlusses des Friedens mit dem Deutschen Reich sogar aus den örtlichen Sowjets geworfen. Es gelang ihnen zwar, ihre Herrschaft in den nächsten Jahren zu festigen, doch war dazu immer wieder die Anwendung von Gewalt notwendig.<sup>[5]</sup>

Vor der Revolution produzierten die Bauern im Gouvernement rund eine Million Tonnen Getreide. Davon wurde ein Drittel exportiert. Anhand dieser Zahlen, welche die Verwerfungen des Bürgerkrieges auf dem Land nicht mit einkalkulierten, wurde ein hohes Soll für die Getreidebeschaffung veranschlagt.<sup>[2]</sup> Laut einer Schätzung des Historikers Orlando Figes wären bei

vollständiger Einziehung der veranschlagten Menge jedem bäuerlichen Haushalt nur rund 10 Prozent der Menge an Getreide verblieben, die für Ernährung, Aussaat und Tierfutter benötigt wurden.<sup>[6]</sup> Bis zum Januar 1921 wurde die Hälfte des veranschlagten Getreides eingezogen. Antonow-Owsejenko bemerkte aus eigener Anschauung, dass jeder zweite Bauer in Tambow hungerte.<sup>[2]</sup>

## Ausbruch des Aufstandes

Im August 1920 begann der bewaffnete Widerstand der Bauern gegen die Getreideeinziehung in einem Dorf des Gouvernements Tambow namens Chitrowo.<sup>[3]</sup> Die Bauern verweigerten die Ablieferung ihres Getreides und töteten mehrere Mitglieder des dortigen Beschaffungskommandos.<sup>[6][7]</sup> Ein sowjetischer Behördenbericht fasste die Gründe für den Gewaltausbruch wie folgt zusammen:<sup>[8]</sup>

„Die Kommandos ließen sich einige Übergriffe zu Schulden kommen. Auf ihrem Durchzug plünderten sie alles, selbst Kissen und Küchengeräte. Sie teilten sich die Beute und verprügelten vor aller Augen alte Männer von 70 Jahren. Die Alten wurden bestraft, weil man ihrer fahnenflüchtigen, sich in den Wäldern versteckenden Söhne nicht habhaft wurde (...) Was die Bauern auch in Aufruhr versetzte, war die Tatsache, dass das beschlagnahmte Korn bis zum nächsten Bahnhof gekarrt wurde und dort unter freiem Himmel verdarb.“

In Erwartung eines Angriffs seitens der Roten Armee zur Durchsetzung der Getreidebeschaffung bewaffneten sich die Bauern des Dorfes. Da nur wenige Gewehre vorhanden waren, geschah dies zum Teil mit Mistgabeln und Keulen. Andere Dörfer schlossen sich dem Aufstand gegen die sowjetischen Behörden an, und es gelang ihnen, die eilig herangebrachten Einheiten der Roten Armee zurückzuschlagen. Ein Faktor für diesen Erfolg war die Belastung der Roten Armee durch den gleichzeitig stattfindenden Polnisch-Sowjetischen Krieg und das Vorgehen gegen Wrangels Weiße Armee auf der Krim, infolgedessen waren nur rund 3.000 Soldaten der Roten Armee in der Region Tambow verfügbar. Diese Soldaten waren aus den örtlichen Dörfern eingezogen worden und besaßen außerdem oft eine geringe Motivation, gegen ihre eigenen Standesgenossen vorzugehen.<sup>[6][7]</sup>

Die Bauern unternahmen nach ihrem ersten Erfolg den Versuch, Tambow, die Hauptstadt des Gouvernements, zu erobern. Dort scheiterten sie allerdings an der Verteidigung der Roten Armee. Nach dieser Niederlage setzte sich Alexander Stepanowitsch Antonow, ein ehemaliger Sozialrevolutionär, an die Spitze der Bewegung. Antonow selbst hatte bereits vor dem Aufstand mit wenigen Mitstreitern im Untergrund gegen die Bolschewiki gekämpft und war in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Da er der Verfolgung durch die sowjetischen Behörden entgehen konnte, war er für die Bauern eine Art Volksheld.<sup>[7]</sup> Er forderte, den freien Handel und Warenverkehr wieder zuzulassen, die Getreiderequirierungen zu beenden und die sowjetische Verwaltung sowie die Tscheka abzuschaffen.<sup>[9]</sup> Antonow ging als Führer des Aufstandes zum Guerillakrieg über. Seine Truppen führten überraschende Überfälle auf Eisenbahnknotenpunkte, Kolchosen und sowjetische Behörden durch. Dabei wurden sie von der Bevölkerung unterstützt und nutzten die Dörfer als Deckung und Ruheraum. Ebenso verkleideten sie sich oft als Soldaten der Roten Armee, um sich auf dem Land zu bewegen oder das Überraschungsmoment zu verstärken.<sup>[7]</sup> Sozialrevolutionäre in der Region Tambow gründeten auch einen *Bund der werktätigen Bauern*, der als politische Organisation der Aufständischen fungieren sollte und mit dem Antonow zusammenarbeitete, obwohl er die Partei verlassen hatte.<sup>[9]</sup> Ende 1920 hatte er rund 8.000 Aufständische unter seinem Befehl. Im Frühjahr 1921 führte Antonow die Wehrpflicht für die Bauern in den aufständischen Gebieten ein. Daraufhin stieg die Stärke der Rebellen auf 20.000 bis 50.000 Mann. Antonow organisierte die Bauern nach dem Vorbild der Roten Armee in 18 bis 20 Regimentern mit eigenen Politkommissaren, Aufklärungsabteilungen und Kommunikationsabteilungen. Ebenso führte er eine strikte Disziplin ein.<sup>[7]</sup> Die Bauern verwendeten als Feldzeichen die Rote Fahne und reklamierten somit das zentrale Symbol der Revolution für sich.<sup>[6]</sup> Antonows Rebellen führten weiterhin einen Guerillakrieg gegen die sowjetischen Behörden.<sup>[7]</sup> Der spätere Marschall der Sowjetunion Georgi Schukow, welcher bei den Kämpfen mit den Aufständischen eine Kavallerieschwadron befehligte, schilderte die Strategie der Aufständischen in seinen Memoiren folgendermaßen:<sup>[10]</sup>



Alexander Stepanowitsch  
Antonow (1882-1922)

„Die Taktik der Antonow-Leute lief dementsprechend darauf hinaus, dem Kampf mit größeren Einheiten der Roten Armee auszuweichen,

nur dann zu fechten, wenn absolute Siegesgewissheit bestand und die eigenen Kräfte überlegen waren, und sich aus einer ungünstigen Kampfsituation nötigenfalls in kleinen Gruppen und nach verschiedenen Richtungen abzusetzen, um sich anschließend an einem verabredeten Treffpunkt wieder zu sammeln.“

Sie konnten große Teile der Region unter ihre Kontrolle bringen, außerdem gelang es ihnen, Eisenbahnzüge mit requiriertem Getreide zu erbeuten. Das nicht zur Versorgung der Bewaffneten benötigte Getreide wurde von Antonows Männern an die örtlichen Bauern verteilt. Der Aufstand sprang auch auf Teile der Gouvernements Woronesch, Saratow und Pensa über. In den von ihnen kontrollierten Gebieten wurden sämtliche sowjetischen Institutionen abgeschafft. Rund 1000 Mitglieder der Kommunistischen Partei wurden von den Aufständischen meist nach Folterungen getötet.<sup>[7]</sup> Im Oktober 1920 hatten die Bolschewiki die Kontrolle über das ländlichen Gebiet des Gouvernements vollständig verloren. Sie beherrschten nur noch die Stadt Tambow selbst und eine Reihe kleinerer städtischer Ansiedlungen.<sup>[9]</sup>

## Niederschlagung des Aufstands

Im August wurde über das Gouvernement Tambow das Kriegsrecht verhängt. Die offizielle Propaganda der Bolschewiki versuchte, die Aufständischen als Banditen zu diskreditieren, die von den Sozialrevolutionären geführt wurden. Aus internen Berichten der sowjetischen Behörden geht hervor, dass sich die Führung sehr wohl darüber im Klaren war, dass es sich um einen spontanen Aufstand der Bauern ohne eine tragende Rolle der Partei der Sozialrevolutionäre handelte. Die Zentralorgane der sozialrevolutionären Partei verurteilten den Aufstand auch öffentlich und verboten ihren Parteimitgliedern jegliche Unterstützung der Rebellen. Dieser Aufruf fand allerdings unter den örtlichen Parteiangehörigen wenig Resonanz. Er hielt die Tscheka auch nicht davon ab, eine Welle der Repressionen gegen Mitglieder dieser Partei in der Region Tambow zu beginnen. Bereits im September 1920 reagierten die Behörden und die Rote Armee mit militärischer Gewalt auf die Rebellion der Bauern. Aufständische wurden hingerichtet und mehrere Dörfer niedergebrannt. Dies konnte den Aufstand allerdings nicht aufhalten.<sup>[11]</sup>

Im Februar 1921 wurde Wladimir Antonow-Owsejenko als Vorsitzender einer *Generalbevollmächtigten Kommission* nach Tambow geschickt, um den Aufstand zu beenden. Die Kommission berichtete direkt an Lenin und unterstand direkt seiner Befehlsgewalt. Antonow-Owsejenko zielte bei der Niederwerfung des Aufstands auf die zivilen Unterstützer der Rebellen ab. Er ordnete, mit vorheriger Genehmigung Lenins, eine Welle von Deportationen und Geiselschießungen an. Im Mai 1921 wurde Michail Tuchatschewski auf Befehl Lenins als militärischer Oberbefehlshaber für die Niederschlagung des Aufstandes nach Tambow beordert. Ihm zugeteilt waren 100.000 Soldaten

inklusive Panzer und schwere Artillerie.<sup>[12]</sup> Soldaten der Roten Armee waren seiner Truppe zugeteilt, doch waren sie in der Minderheit. Die Mehrheit der eingesetzten Einheiten bestand aus Sonderkommandos der Tscheka.<sup>[9]</sup> In Tuchatschewskis Verbänden befanden sich auch sogenannte internationale Einheiten, die aus Ungarn und asiatischen Volksgruppen bestanden. Tuchatschewski schätzte ihre Bereitschaft, gegen die Bauern vorzugehen, höher ein als die der meist bäuerlich geprägten russischen Rekruten. Außerdem wurde ein möglichst hoher Anteil von Angehörigen der kommunistischen Jugendorganisation Komsomol seinen Einheiten zugeteilt, da man diese für politisch loyal hielt. Die Rebellen antworteten auf die Maßnahmen Tuchatschewskis und Owsejenkos mit Attentaten, Entführungen und Erschießungen von Familienmitgliedern von Parteimitgliedern und Angehörigen der Roten Armee.<sup>[12]</sup> Die Kämpfe mit den Partisanen nahmen bürgerkriegsartige Ausmaße an, und die Ressourcen und Organisationsstrukturen, welche die sowjetische Regierung gegen sie aufbot, ähnelten denen einer Front im Bürgerkrieg.<sup>[13][2]</sup> Schukow schilderte das Gefecht mit einem Verband der Aufständischen wie folgt:<sup>[14]</sup>

„Wir gerieten in einen überaus heftigen Kampf. Der Feind sah, daß wir ihm zahlenmäßig weit unterlegen waren, und rechnete damit, uns überrennen zu können. Das war jedoch nicht so einfach. Glücklicherweise waren der Schwadron, wie ich bereits vorher erwähnte, vier schwere Maschinengewehre mit großem Munitionsvorrat und ein 76 mm-Geschütz beigegeben. Die Schwadron manövrierte mit MGs und Geschütz und schoss direkt in die Reihen des Gegners hinein. Wir sahen, wie sich das Schlachtfeld mit gefallenem Feinden bedeckte, und zogen uns Schritt für Schritt kämpfend zurück.“

Auf den Gegenterror der Partisanen reagierte Antonow-Owsejenko mit einer Verschärfung seiner Maßnahmen. Zivilisten, die nicht bereit waren, ihre Namen zu nennen, wurden ohne Verfahren erschossen. Bei Waffenfunden wurde das älteste arbeitsfähige Mitglied der Familie erschossen. Dasselbe galt für das Verstecken von Aufständischen. In diesem Falle wurde die Familie aber noch zusätzlich enteignet und deportiert. Unter diese Regelung fiel auch, Kinder oder Waisenkinder von Rebellen bei sich aufzunehmen. Im Falle der Flucht einer Familie aus dem Dorf wurde sie enteignet, ihr Haus niedergebrannt und der bewegliche Besitz unter loyalen Bauern verteilt. Im März 1921 wurde schließlich die Zwangseinziehung von Getreide in den aufständischen Regionen eingestellt. Infolgedessen sank die Bereitschaft der Zivilbevölkerung, die Rebellen zu unterstützen. Im Mai 1921 gelang es Tuchatschewski durch planmäßige Besetzung von Dörfern, die Rebellen mehr und mehr in die Waldgebiete der Region um Tambow abzudrängen und zu isolieren. Er erhielt im Juni die Erlaubnis von Antonow-Owsejenkos Kommission, in den Wäldern Giftgas einzusetzen, und befahl seinen Einheiten auch dieses anzuwenden. Bis Juni 1921 wurde Antonows Armee eingekreist und vernichtet. Antonow selbst entkam und

wurde erst ein Jahr später von sowjetischen Behörden gestellt und erschossen.<sup>[15]</sup> Anfang September 1921 operierten nur noch versprengte Gruppen von Aufständischen, die zusammen auf rund 1.000 Bewaffnete geschätzt wurden. Es dauerte noch bis Mitte 1922 bis die Provinz ganz zur Ruhe kam.<sup>[16]</sup>

## Folgen

Die Niederschlagung des Aufstandes führte zu sehr schweren Opfern unter der Bevölkerung. Schätzungen zufolge befanden sich im Juli 1921 rund 50.000 Menschen aufgrund der Revolte in speziell für sie angelegten Konzentrationslagern, darunter rund 1.000 Kinder.<sup>[17]</sup> Die Insassen litten schwer unter Cholera- und Typhusepidemien. Die Todesrate wird für den Herbst 1921 auf rund 15-20 % pro Monat geschätzt.<sup>[16]</sup> Genaue Zahlen über die Opfer des Aufstandes sind nicht verfügbar. Eine Gesamtschätzung beläuft sich auf rund 100.000 Inhaftierte und rund 15.000 von Seiten der Behörden hingerichtete Personen. Infolge der militärischen Operationen gegen die Rebellen ergaben sich rund 6.000 ihrer Kämpfer. Diese wurden entweder erschossen oder deportiert.<sup>[18]</sup> Die Deportierten wurden nach der Niederschlagung des Aufstandes aus den örtlichen Lagern in spezielle Lager in den nördlichen Regionen Russlands verlegt. Diese Lager waren ansonsten für Offiziere der Weißen Armee und gefangene Aufständische aus Kronstadt reserviert. In den Lagern herrschte gegenüber dem restlichen Lagersystem eine besonders hohe Sterblichkeit der Häftlinge.<sup>[17]</sup> Die Verheerungen der Kämpfe und Strafmaßnahmen führten zusammen mit der Landwirtschaftspolitik der Bolschewiki zu einer Hungersnot in den Gebieten der Aufständischen. Neben Tambow waren in den folgenden beiden Jahren weite Teile Russlands betroffen.<sup>[19]</sup>

Der Führung der Bolschewiki diente der Aufstand als Anlass, gegen die Partei der Sozialrevolutionäre vorzugehen. Mitte 1921 befanden sich Tausende ihrer Mitglieder in Gefängnissen und Lagern der Tscheka, darunter alle Mitglieder des Zentralkomitees der Partei, das den Aufstand verurteilt hatte.<sup>[17]</sup> Der Aufstand und das Attentat Fanny Kaplans auf Lenin im Jahre 1918 dienten den Behörden als Anklagepunkte im Schauprozess gegen die Spitzen der Sozialrevolutionäre im Juni 1922, der die endgültige Zerschlagung der Partei einleitete.<sup>[20]</sup>

Der Aufstand machte aber auch der sowjetischen Führung ihr Versagen im Umgang mit den Bauern klar. Infolgedessen wird der Aufstand als einer der Faktoren gesehen, die Lenin dazu bewegten, die Neue Ökonomische Politik einzuleiten.<sup>[21]</sup> Der russische Soziologe und Zeitzeuge Pitirim Sorokin folgerte sogar, dass die Aufständischen die NEP durch ihre Aktionen erzwungen



hätten.<sup>[22]</sup> Die neue Politik setzte eher auf eine an der tatsächlichen Produktion orientierte Naturalsteuer statt auf Zwangseinziehungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse.<sup>[16]</sup> Auf militärischem Gebiet wird erwähnt, dass der sowjetische Heerführer Michail Frunse von der Widerstandskraft der Guerillos gegen reguläre Truppen beeindruckt war. Er ließ deshalb als Oberbefehlshaber der Roten Armee in den zwanziger Jahren Studien über den Guerillakampf erstellen. Dies wird als eine Vorbedingung des Partisanenkriegs der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg gegen die deutschen Invasoren angesehen.<sup>[23]</sup>

## Literarische Verarbeitungen

Alexander Solschenizyn beschäftigte sich in seiner Erzählung *„Ektow, der Philanthrop“*, erschienen 1995 in der russischen Literaturzeitschrift *Nowy Mir*, mit dem Aufstand. Er schildert darin das Schicksal einer fiktiven Figur aus der städtischen Intelligenzija, die sich dem Aufstand anschließt.<sup>[24]</sup> Gleichzeitig veröffentlichte er 1995 eine weitere Erzählung namens *„Ein Heldenleben“*. Darin gestaltet Solschenizyn den Werdegang des sowjetischen Marschalls Georgi Schukow aus und schildert darin auch den Bauernaufstand als Episode seines Aufstiegs an die Spitze der sowjetischen Gesellschaft.<sup>[25]</sup>

## Einzelnachweise

1. Orlando Figes: *Die Tragödie eines Volkes*. Berlin 1998, S. 811.
2. ↑ Richard Pipes: *Russia under the Bolshevik regime*. New York 1993, S. 374 ff.
3. ↑ Nicolas Werth: „Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion“; in: Stéphane Courtois et al.: *Das Schwarzbuch des Kommunismus*. 4. Auflage, München 1998, S. 124.
4. Übersetzung eines Zitats nach Richard Pipes: *Russia under the Bolshevik regime*, New York 1993, S. 375; Originaltext in englischer Sprache: *„(They) have become accustomed to viewing the Soviet government as something extraneous, something that does nothin but issue commands, that administers with great zeal but little economic sense.“*
5. Peter Scheibert: *Lenin an der Macht – Das russische Volk in der Revolution 1918–1922*, Weinheim 1984, S. 389–393.
6. ↑ Orlando Figes: *Die Tragödie eines Volkes*. Berlin 1998, S. 796 ff.
7. ↑ Richard Pipes: *Russia under the Bolshevik regime*. New York 1993, S. 376 ff.
8. Zitat nach Nicolas Werth: *Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion*; in: Stéphane Courtois et al.: *Das Schwarzbuch des Kommunismus*, 4. Auflage, München 1998, S. 125.
9. ↑ Nicolas Werth: „Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und

- Terror in der Sowjetunion''; in: Stéphane Courtois et al.: *Das Schwarzbuch des Kommunismus*. 4. Auflage, München 1998, S. 126.
10. Georgi K. Schukow: *Erinnerungen und Gedanken*, Stuttgart 1969, S. 69 f.
  11. Richard Pipes: *Russia under the Bolshevik regime*, New York 1993, S. 376-378.
  12. ↑ Richard Pipes: *Russia under the Bolshevik regime*. New York 1993, S. 378-387.
  13. Richard Pipes: *Russia under the Bolshevik regime*, New York 1993, S. 378 ff.
  14. Georgi K. Schukow: *Erinnerungen und Gedanken*, Stuttgart 1969, S. 72.
  15. Orlando Figes: *Die Tragödie eines Volkes*. Berlin 1998, S. 811 ff; Richard Pipes: *Russia under the Bolshevik regime*. New York 1993, S. 387-401.
  16. ↑ Nicolas Werth: "Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion"; in: Stéphane Courtois et al.: *Das Schwarzbuch des Kommunismus*. 4. Auflage, München 1998, S. 134.
  17. ↑ Richard Pipes: *Russia under the Bolshevik regime*. New York 1993, S. 404.
  18. Orlando Figes: *Die Tragödie eines Volkes*, Berlin 1998, S. 811 ff.
  19. Nicolas Werth: *Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion*; in: Stéphane Courtois et al.: *Das Schwarzbuch des Kommunismus*, 4. Auflage, München 1998, S. 124 f; S. 137 f.
  20. Nicolas Werth *Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion*; in: *Das Schwarzbuch des Kommunismus*, 4. Auflage, München 1998, S. 124 f; S. 144.
  21. Orlando Figes: *Die Tragödie eines Volkes*, Berlin 1998, S. 808.
  22. Peter Scheibert: *Lenin an der Macht – Das russische Volk in der Revolution 1918-1922*, Weinheim, 1984, S. 393.
  23. Richard Pipes: *Russia under the Bolshevik regime*, New York 1993, S. 388 ff.
  24. Alexander Solschenizyn: *Ein Heldenleben*, Zürich 1995, S. 7-64.
  25. Alexander Solschenizyn: *Ein Heldenleben*, Zürich 1995, S. 65-152.

## Literatur

### Wissenschaftliche Darstellungen

- Nicolas Werth: *Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion*; in: Stéphane Courtois, Nicolas Werth, Jean-Louis Panné, Andrzej Paczkowski, Karel Bartosek, Jean-Louis Margolin. Mitarbeit: Rémi Kauffer, Pierre Rigoulot, Pascal Fontaine, Yves Santamaria, Sylvain Boulouque: *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*. Mit einem Kapitel „Die Aufarbeitung der DDR“ von Joachim Gauck und Ehrhard Neubert. Aus dem Französischen von Irmela

Arnsperger, Bertold Galli, Enrico Heinemann, Ursel Schäfer, Karin Schulte-Bersch, Thomas Woltermann. Piper. München, Zürich 1998, S. 51–295 und S. 898–911, ISBN 3-492-04053-5.

- Orlando Figes: *Die Tragödie eines Volkes*. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924 (Originaltitel: *A people's tragedy*, übersetzt von Barbara Conrad unter Mitarbeit von Brigitte Flickinger und Vera Stutz-Bischitzky). Berlin-Verlag, Berlin 1998, ISBN 3-8270-0243-5
- Richard Pipes: *Russia under the Bolshevik Regime*. Random House, New York, NY 1994, ISBN 0-394-50242-6
- Peter Scheibert: *Lenin an der Macht*. Das russische Volk in der Revolution 1918–1922, VCH – Acta humaniora, Weinheim 1984, ISBN 3-527-17503-2.

## Literarische Werke

- Alexander Solschenizyn: *Ein Heldenleben* [zwei Erzählungen: „Ektow, der Philanthrop“, „Ein Heldenleben“], übersetzt aus dem Russischen von Heddy Pross-Weerth. Piper, München / Zürich 1995, ISBN 3-492-03845-X / ISBN 3-492-22567-5 (3. Auflage 1998).

## Weblinks

- Programmatische Resolution der Union der Werktätigen Bauern (in englischer Sprache) auf einer Seite der University of East Anglia (<http://www.uea.ac.uk/his/webcours/russia/documents/trud-krestyane.shtml>)

---

Dieser Artikel wurde am 10. April 2008 in dieser Version



([http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bauernaufstand\\_von\\_Tambow&oldid=44672793](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bauernaufstand_von_Tambow&oldid=44672793)) in die Liste der lesenswerten Artikel aufgenommen.

**Normdaten:** SWD in der DNB: 4420541-7 (<http://d-nb.info/gnd/4420541-7>)

Von „[http://de.wikipedia.org/wiki/Bauernaufstand\\_von\\_Tambow](http://de.wikipedia.org/wiki/Bauernaufstand_von_Tambow)“

Kategorien: Wikipedia:Lesenswert | Russischer Bürgerkrieg | Aufstand in Europa | Oblast Tambow | 1920er

---

- Diese Seite wurde zuletzt am 28. September 2010 um 10:38 Uhr geändert.
  - Der Text ist unter der Lizenz „Creative Commons Attribution/Share Alike“ verfügbar; zusätzliche Bedingungen können anwendbar sein. Einzelheiten sind in den Nutzungsbedingungen beschrieben.
- Wikipedia® ist eine eingetragene Marke der Wikimedia Foundation Inc.

- Datenschutz
- Über Wikipedia
- Impressum

# Scherenkrise

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Die **Scherenkrise** war ein wirtschaftliches Problem in der frühen Geschichte der Sowjetunion, bei dem es einen eklatanten Preisunterschied zwischen landwirtschaftlichen und Industriegütern gab.

## Begriff

Benannt nach dem Auseinanderklaffen von Klingen einer Schere (*Erklärung von Trotzki*), stiegen die Preise für Industrieprodukte immer weiter, während die der landwirtschaftlichen Güter zunehmend fielen. Seinen Höhepunkt hatte diese Entwicklung im Oktober 1923 als die Preise für Industrieprodukte um 176% im Vergleich zum Jahr 1913 gestiegen waren, während die landwirtschaftlichen Produkte um 11% gesunken waren.

## Ursache und Bekämpfung

Gründe für diese Entwicklung war die rasche Erholung der Agrarproduktion nach der Hungersnot 1921-1922 und dem Bürgerkrieg, während die Industriegüterproduktion nur langsam wieder in Gang kam, da zuerst die zerstörte Infrastruktur wieder aufgebaut werden musste. Weiters wurde der industrielle Wettbewerb zwischen den Trusts eingeschränkt, indem viele von ihnen in einheitlichen Syndikaten kombiniert wurden. Dies gestattete den Trusts, Monopolpreise festzulegen. Das Problem wurde durch die Politik der sowjetischen Regierung weiter verschärft, da sie die Brotpreise auf einem künstlichen Tiefpunkt hielt um einer zukünftigen Hungersnot vorzubeugen.

Auch Lenins neue Wirtschaftspolitik (NEP) konnte anfangs die Krise nicht bewältigen, da aufgrund der langsamen Industrialisierung die Bauern ihre Ernteerträge nicht auf dem Markt verkauften, sondern selbst konsumierten, da sie mit den Verkaufserlösen ohnehin keine Industrieprodukte hätten kaufen können. Viele Bauern zögerten, bevor sie ihr Getreide in die Städte brachten. Dies bedrohte nicht nur die Lebensmittelversorgung der Städte, sondern auch die strategische Allianz im Herzen des politischen Systems - das Arbeiter- und Bauern - Bündnis (Smytschka).

Ende 1923 wurden drastische Maßnahmen unternommen, um das Steigen der Industriepreise umzukehren. Preiskontrollen wurden eingeführt und Arbeiter entlassen, um Produktionskosten zu senken. Kredite zu erhalten, wurde erschwert, um die Unternehmen zu zwingen, ihre Lagervorräte zu verkaufen.

Gleichzeitig wurde eine staatliche Handelsorganisation gegründet, die der Industrie erstmals erlaubte, ihre Produkte direkt an die Dörfer zu verkaufen. Durch diese und weitere Maßnahmen der Regierung, wie konsequente Rationalisierung und Zurückdrängen des Einflusses von Händlern durch Errichtung von Verbrauchergenossenschaften konnte das Problem in den Griff bekommen werden.

Im April 1924 erreichte der landwirtschaftliche Preisindex den Wert von 92 und jener der Industrie 131 (Basisjahr jeweils 1913).

## Weblinks

- Detaillierte Beschreibung der sowjetischen Wirtschaft (<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1936/verrev/kap02.htm>)
- Erklärung des russischen Sozialismus (<http://www.sinistra.net/lib/upt/kompro/art/ciwrnstsd.html>)
- Ökonomische Maßnahmen in der Sowjetunion (<http://www.arbeiterinnenstandpunkt.net/alt/rm19.html>)

Von „<http://de.wikipedia.org/wiki/Scherenkrise>“

Kategorien: Sowjetische Geschichte | Leninismus

---

- Diese Seite wurde zuletzt am 17. Oktober 2010 um 21:55 Uhr geändert.
- Der Text ist unter der Lizenz „Creative Commons Attribution/Share Alike“ verfügbar; zusätzliche Bedingungen können anwendbar sein. Einzelheiten sind in den Nutzungsbedingungen beschrieben.  
Wikipedia® ist eine eingetragene Marke der Wikimedia Foundation Inc.
- Datenschutz
- Über Wikipedia
- Impressum